

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schick-Ronto Hannover Nr. 578 13
Giro-Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 68

Abonnementspreis d. Bogen vierteljährl. 3.— RM., d. die Post 3,60 RM. Einzel-Nr. 50 Pf.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pf.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Elmberg, Essen. Druck: G. Handmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Blomhauer Straße 38-42

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegramm: Altrverband Bochum

Papier gegen Recht!

Ein wertloses Gutachten zum Arbeitszeitfreit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Die für die Untersuchung der Arbeitszeitfrage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau auf Grund des Schiedspruches vom 23. Dezember 1926 eingesetzte Kommission hat unterm 20. März das ihr aufgebundene Gutachten erstattet und den Beteiligten zugänglich gemacht. Dieses sehr umfangreiche Gutachten, das mit den Anlagen rund 100 Schreibmaschinenfüllt, soll, dem Vorschlag der Schlichterkammer entsprechend, die Grundlage für die weiteren Verhandlungen über die Regelung der Arbeitszeit bzw. für ein neues Schlichtungsverfahren über den vorliegenden Streitfall abgeben.

Der Gutachterausschuß, dem der Direktor im Statistischen Reichsamt, Susat, als Vorsitzender und die Professoren Brauer und Spackeler als unparteiische Mitglieder angehören und dem zwei weitere von den Parteien benannte Mitglieder ohne Stimmrecht, nämlich der Generaldirektor Biatzsch und Landbesitzer Lubdeutsch, beigegeben waren, hat das Ergebnis seiner Untersuchungen folgendermaßen formuliert:

Ergebnis der Untersuchungen der Kommission.

In der Erwägung, daß eine Verringerung der Selbstkosten wenigstens in den Tagebauwerken durch Rationalisierung und eine Erhöhung der Erlöse dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in gewissem Umfang möglichst sein wird, ist die Kommission der Ansicht, daß eine mäßige

Schichtverkürzung in den Tagebauwerken

eintreten kann. Sie schlägt deshalb vor, in allen Betrieben, in denen bisher die 12stündige Anwesenheitsschicht herrschte, die 11stündige einzuführen, worin mindestens 1/2 Stunden Pause eingeschlossen sein müssen.

Für die Tiefbaue,

in denen bisher die 8- bzw. 8 1/2stündige Arbeitszeit gilt, kann die Kommission leider zur Zeit eine Schichtverkürzung nicht als wirtschaftlich tragbar bezeichnen.

Um die stetige Entwicklung zu sichern und die Gefahr von Rückschlägen möglichst zu beseitigen und um einerseits der Arbeiterschaft eine gesunde Basis für die weitere Kürzung der Arbeitszeit zu schaffen, andererseits den Werken die Umstellung zum Ausgleich der Belastung durch Betriebsverbesserungen zu ermöglichen, äußert die Kommission zu den Einzelheiten folgende Ansicht:

- Da die Untersuchungen der Kommission auf den zur Zeit wirklich gezahlten Löhnen aufbauen, sind die Schlußfolgerungen nur berechtigt, wenn diese nicht geändert werden, und zwar weder zugunsten des Arbeitgebers noch des Arbeitnehmers. Es wären danach nicht nur die alten Schichtlöhne, sondern auch alle Zulagen in alter Höhe weiter zu zahlen, z. B. die sogenannte Vereinstiftungszulage, welche die Arbeiter dafür erhalten, daß sie in der Pause an ihrer Arbeitsstätte bleiben, um im Falle von Unfällen und Störungen eingreifen zu können; die Prämien wären der Zeitverkürzung entsprechend neu festzusetzen, so daß die Arbeiterschaft die Prämien in alter Höhe verdienen kann.
- Zur Umstellung der Betriebe auf die verkürzte Schichtzeit sowie zum Anlernen von Ersatzleuten für die 12stündig durchlaufenden Betriebe (Brikettfabriken usw.) wäre den Werken eine Frist zu geben derart, daß die

Neuregelung erst am 1. Juli 1927

in Kraft tritt. Auf solchen Werken, wo am 1. Juli 1927 noch Bauten und Neueinrichtungen im Gange sind, die zur Anpassung der Produktion an die verkürzte Schichtzeit erforderlich sind, müßte die Belegschaft in dem durch diesen Umbau gebotenen Maße durch Verbeibaltung der alten Schichtzeit vorübergehend Überarbeit leisten, sofern diese entsprechend bezahlt wird. Das gleiche gilt für Maschinenführer und ähnliche Arbeiterkategorien, wenn das Anlernen von Ersatzleuten, die als Springer eintreten können, bis 1. Juli d. J. nicht gelingt.

Darüber hinaus müßte in Einzelfällen die örtliche Vereinbarung einer längeren Schichtdauer, namentlich bei kleinen Werken, zur Vermeidung besonders unrationeller Betriebsführung gestattet sein, sofern die Überarbeit entsprechend bezahlt wird.

- Um einerseits vor neuen Verhandlungen die Wirkung dieser Schichtverkürzung erkennen zu können und um andererseits den Werken genügend Zeit für Fortentwicklung der Rationalisierung zu geben, die auch künftig als Voraussetzung für weitere Schichtverkürzungen erscheint, müßte das neue

Arbeitszeitabkommen

frühestens zum 31. Dezember 1928 kündbar

sein. Es erscheint empfehlenswert, nach dem 30. Juni 1928 durch eine neutrale Stelle (z. B. Reichswirtschaftsministerium) eine umfangreiche Prüfung über die wirtschaftliche Wirkung der Schichtverkürzung vorzunehmen, als Grundlage für die weiteren Verhandlungen.

- Der örtlichen Vereinbarung müßte die Anordnung der Schichtzeiten vorbehalten bleiben, wobei das Ziel wäre, Springerschichten nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Belegschaften müßten gehalten sein, verschiedene Schichten (z. B. Wechsel von 10- und 12stündiger Schicht) zu verfahren.

Berlin, den 29. März 1927.

Susat. Spackeler. Brauer.

Wie die Kommission untersuchte.

Die Begründung für diese merkwürdige Empfehlung ist sehr langatmig und geht in wesentlichen Punkten daneben. Zur Beantwortung der hier vorgelegten Frage, ob und in welcher Weise eine Verkürzung der Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau möglich ist, ist die Kommission von der wirtschaftlichen Lage der Werke bzw. von ihrer

Rentabilitätsgestaltung

ausgegangen, wofür als Unterlagen Betrachtungen über die natürlichen Bedingungen des mitteldeutschen Bergbaues, weiterhin Bilanzansätze der Werke und schließlich Ergebnisse von Rentabilitätsprüfungen dienen, die das Reichswirtschaftsministerium für den Monat Februar 1926 vorgenommen hatte. Ueber die natürlichen Bedingungen hat die Kommission wesentlich Neues nicht auszusagen gehabt; maßgeblicher dagegen sind die von ihr angefertigten Bilanzanalysen.

Die untersuchten Bilanzen der Aktiengesellschaften im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beziehen sich auf das Geschäftsjahr 1925 bzw. 1925/26. Um zu Maßstäben für die Beurteilung der Angemessenheit der einzelnen Bilanzpostitionen zu gelangen, hat sich die Kommission von ihrem bergbaufachverständigen Mitgliede, Professor Spackeler, eine angenommene Berechnung über Anlagelosten und Abschreibungen bei Neuanlage eines Braunkohlentagebaues aufmachen lassen. Daß die Kommission zu einer derartigen Zweckfiktio (unwirkliche Annahme) gegriffen hat, läßt darauf schließen, daß die ihr zugänglichen

objektiven Unterlagen zur Urteilsbildung nicht ausgereicht haben. Die Gegenüberstellung der Spackelerischen Fiktio mit den im übrigen nicht übermäßig aufschlußreichen Bilanzansätzen der Braunkohlenwerke, die insgesamt 16,9 Millionen Tonnen Brikettproduktion umfassen, ergibt folgendes Bild:

	Bilanzansätze		Spackeler'sche Fiktio
	Mill. RM.	je T. Brikettprod. RM.	
Aktienkapital	301,05	17,87	34,—
Ausgeschüttete Dividende	21,639	1,28	.
Zu Prozent des Aktienkapitals	7,17%	.	.
Abschreibungen	23,777	1,41	2,00

Annahmen statt Beweise.

Die Schlußfolgerungen aus einem derartigen Vergleiche, dessen Bezugsgrundlage eine zwar interessante, aber doch keineswegs beweiskräftige Errechnung eines bergbautechnischen Professors ist, wird kaum als eine ordentliche Rentabilitätsprüfung aufgefaßt werden dürfen. Die Kommission macht nämlich die durchaus der Begründung entbehrende Annahme, daß — da Spackeler eine Anzahl Kostenbestandteile, wie für Feldverwerter, Arbeiterhäuser, Betriebskapitalien unberücksichtigt gelassen hat —, der Wert der vorhandenen Anlagen nicht wesentlich unter dem errechneten Neuanlagewert liege.

Die daraus abgeleitete Folgerung, daß das Aktienkapital, gemessen an den Anlagewerten, trotz der gegenüber der Vorkriegszeit erfolgten erheblichen Heraufsetzung, ohne daß den Unternehmungen dafür wesentliche neue Mittel zugeführt wären, keineswegs zu hoch oder verwässert sei, stellt infolgedessen auch nur eine Annahme der Kommission dar. Das gleiche gilt für die Aussage, daß die 7,17 Prozent Dividende, bezogen auf die Anlagewerte, gewissermaßen eine unterdurchschnittliche Verzinsung, nämlich nur 3,37 Prozent darstelle. Die ausgeschüttete Dividende ist heute bei der wachsenden konjunkturmäßigen Verflechtung der Braunkohlenunternehmungen, an denen auch das Bank- und Händlerkapital großen, ja wie die Kommission in bezug auf die Händlerbeteiligung meint, sogar entscheidenden Anteil hat, kein irgendetwas einleuchtender Gradmesser der Rentabilität. Vergleicht man die durchschnittliche Dividendenausüttung des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues mit der anderer Industrie- und Gewerbebezweige im gleichen Geschäftszeitraum, so schneidet der Braunkohlenbergbau außerordentlich günstig ab. Ueberdies kommt ganz allgemein die durchweg günstigere wirtschaftliche Beurteilung des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues auch in der Kursentwicklung seiner Aktien zum Ausdruck.

Was nun die Abschreibungen anbelangt, so ist auch hier der mit den Bilanzen ausgewiesene Satz mit der Spackelerischen Berechnung unvergleichbar. Würde man sich in dieser Beziehung die fiktive Gleichstellung der tatsächlichen Anlagewerte mit den von Prof. Spackeler errechneten Neuanlagekosten zu eigen machen, so würde man den mitteldeutschen Braunkohlenwerken ein ganz außerordentliches Maß von inneren, stillen Reserven zuschreiben, das eine verhältnismäßig geringere Abschreibungsquote immer noch als ausreichend erscheinen lassen würde. Dazu kommt, daß, wie nach Aussage der Kommission der Prüfungsbericht des Reichswirtschaftsministeriums ausdrücklich feststellt,

Neuanfassungen von maschinellen Anlagen gewohnheitsmäßig mehr oder weniger über Betriebskosten verbucht

werden, d. h., daß die dafür erforderlichen Mittel den laufenden Einnahmen entnommen werden, wodurch die Selbstkosten zu hoch erscheinen und weitere Abschreibungsbeträge sich voll-

ständig erübrigen. Man wird angesichts solcher authentischen Aussagen die Meinung vertreten können, daß mit den angewandten Abschreibungsätzen die ohnehin schon ausgedehnte innere Reserverestellung der mitteldeutschen Braunkohlenbergwerke noch weiter verstärkt wird.

Die schließlich herangezogene Nachprüfung der Selbstkosten seitens des Reichswirtschaftsministeriums ist als zusätzliches Beweismittel für die Ansichten der Kommission schon wegen der Unterschiede der Untersuchungszeiten und Untersuchungsobjekte weniger brauchbar gewesen. So ergibt sich beispielsweise aus der Gegenüberstellung der Bilanzergebnisse und der Prüfung des Reichswirtschaftsministeriums, daß

der ausgeschüttete Gewinn um etwa 25 Prozent höher ist als der sich aus den Selbstkosten ergebende.

Zwar bemühte sich die Kommission, Gründe für die Erklärung dieser immerhin doch auffallenden Abweichungen aufzuzeigen, ohne doch den Eindruck verweisen zu können, daß solche ministeriellen Selbstkostenprüfungen nur wenig brauchbare Beweismittel darstellen. Wenn demgegenüber die Kommission die Neutralität dieser prüfenden Stelle als besonders wertvoll hervorheben zu müssen glaubte, so ist sicherlich der Einwand gestattet und berechtigt, daß auch Neutrale Irrtümern unterliegen oder in solche verfeht werden können.

Die Kommission folgert aus ihren Rentabilitätsbetrachtungen, daß der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau

im Jahre 1925

eine Rentabilität aufweist, die auf die Dauer nicht gefährdet werden dürfte, wenn man auf seine Erhaltung Wert legt. Wie aus Vorstehendem ersichtlich, ist die Begründung für diese Ansicht ziemlich zweifelhaft, keineswegs aber eindeutig, ja für den vorliegenden Streitfall nicht mal eigentlich belangreich. Wir schreiben 1927. Zwischen 1925 und 1927 liegt ein Konjunkturauftrieb von beispielloser Größe, der auch an dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau nicht spurlos vorübergegangen ist. Die Kommission hat diese günstige Entwicklung bewußt unbeachtet gelassen und damit den Wert ihres Gutachtens ganz offensichtlich stark gedrückt. Als einzig brauchbares, wenn auch in diesem Zusammenhange weniger verwertbares Ergebnis der Rentabilitätsbetrachtungen dieser Untersuchungskommission kann vielleicht der Umstand betrachtet werden, daß damit wiederholt der Beweis erbracht ist, daß auf dem bisherigen Wege zweifelsfreie Einblicke in die bergbauliche Rentabilitätsgestaltung nicht zu erlangen sind.

Ungenutzte Ersparnismöglichkeiten.

Die Kommission hat offenbar selbst den Eindruck gehabt, daß solche sekundärstatistische Rentabilitätsanalysen nicht ausreichen, um für die Arbeitszeitverkürzung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau vernünftige Vorschläge begründen zu können. Sie hat daher eine Reihe von Betrachtungen über Möglichkeiten der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Werke angestellt. Hierzu hat sie beachtliche Darlegungen gemacht, so beispielsweise, daß die Generalunkosten, besonders wenn ein harter wirtschaftlicher Druck eintritt, gesenkt werden können, wie weiterhin Ersparungen dadurch gemacht werden können, daß gewisse Aufwendungen durch organisatorische Änderungen einzusparen sind (ob hierbei an Direktoren und sonstigen Amtsinhabern gedacht ist, wird allerdings nicht gesagt); endlich wird auch der Abbau einer bürokratischen Ueberorganisation aus Ersparungsgründen empfohlen. Weitere Betrachtungen, so die, daß die Erlöse in gewissem Umfang noch Steigerungsfähig sind, die Handelsgewinne für den gesamten Braunkohlenbergbau nutzbar gemacht werden können, und eine Herabminderung der Selbstkosten möglich erscheint, hat der Kommission den Schluß gerechtfertigt erscheinen lassen, daß

die Werke wirtschaftlich in der Lage sein werden, eine gewisse Verkürzung der Schichtdauer zu tragen.

Zu diesem Zusammenhange hat die Kommission noch folgenden Satz geprägt, der als Kernsatz des ganzen Gutachtens eine besondere Hervorhebung verdient:

„Wenn damit zu rechnen ist, daß die gesamte übrige Industrie, insbesondere aber die dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau benachbarte grundsätzlich eine achtstündige Arbeitszeit hat, von der nur mit zeitlicher Beschränkung in Ausnahmefällen abgewichen wird, so dürfte es dem Braunkohlenbergbau in Mitteldeutschland auf die Dauer nicht möglich sein, eine wesentlich andere Arbeitszeit bei Löhnen, die nicht über denjenigen der anderen Industrien liegen, für sich in Anspruch zu nehmen.“

Leider ist die dieser Erkenntnis entsprechende Konsequenz nicht gezogen worden.

Auch nach dem Vorschlage der Kommission bleibt die Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau immer noch ganz erheblich über derjenigen in anderen Industrien.

Der Versuch, dafür so etwas wie eine technische und wirtschaftliche Begründung zu finden, etwa weil der „wärmewirtschaftliche Prozeß“ keine Unterbrechungen zuläßt, kann im ganzen als Mißlingen angesehen werden. Auf der anderen Seite hat aber die Kommission auch den Arbeitgeberstandpunkt, daß eine andere als die 8- oder 12stündige Schichtzeit unmöglich sei, ab-

geleht. An diese These glauben nämlich die Unternehmervertreter selber nicht, hat doch kürzlich

einer der prominentesten Vertreter,

als er im Reichswirtschaftsrat frageweise vor die Wahl gestellt war, eine 8- oder 9stündige Schichtzeit zu empfehlen,

sich für die 9stündige Schichtzeit entschieden,

damit also die These, daß es nur eine Alternative, entweder 8 oder 12 Stunden gäbe, selber zerbrochen.

Wenig überzeugend wirken die umständlichen Ausführungen, die die Kommission darauf verwendet, das angeblich tragbare Maß, maß der auch von ihr grundsätzlich bekräftigten

Arbeitszeitverkürzung möglichst gering

zu veranschlagen. Für die nahegelegene Verfrachtung auf 10 Stunden nach dem Vorgehen des rheinischen Braunkohlenbergbaues glaubte die Kommission, die wirtschaftliche Tragbarkeit vernachlässigen zu müssen, ohne indessen diese Vernachlässigung näher zu begründen. Die völlig unzulängliche Verkürzung, die sie in ihrem Vorschlage das Wort redet, soll überdies erst nach einer übermäßig reichlich bemessenen Ubergangsfrist in Kraft treten und in gewissen Fällen sogar noch durch Zulassung von Ueberarbeit noch weiter hinausgeschoben werden.

Faltlose Behauptungen über die Tiefbau-Arbeitszeit.

Als völlig mißglückt ist die wirtschaftliche Begründung der Ablehnung einer Arbeitszeitverkürzung für den Tiefbau anzusehen. Die Kommission sagt selbst:

„Eine Beurteilung der wirtschaftlichen Ergebnisse der Tiefbauwerke auf Grund von Bilanzen oder Geschäftsberichten war der Kommission nicht möglich.“

Unersichtlich ist es danach, wieso die Kommission zu der Ansicht kommen konnte, daß eine Schichtverkürzung für die Tiefbaue wirtschaftlich nicht tragbar sei. Es hat den Anschein, daß hier eine

vorgefaßte Meinung

abgewaklet hat, denn schon zum Eingang des Gutachtens wird ausgeführt, daß der Tiefbau bei den Ermäßigungen an unschärfsten ist. Man kann daher sagen, daß die Kommission ohne nähere Untersuchung des Tiefbaues, ja auch ohne nur dazu eine Möglichkeit zu sehen, eine so bedeutende Meinungsäußerung über die wirtschaftliche Seite der Arbeitszeitverkürzung im Tiefbau abgegeben hat. Dieser Umstand entwertet auch die übrigen Darlegungen des Gutachtens ziemlich stark, denn

welche Gewähr ist noch vorhanden, daß nicht die anderen Theesen der Gutachterempfehlung ähnlich zustande gekommen sind, wie jene über den Tiefbau.

Zum mindesten kann das Vertrauen zu der Objektivität der Beweisführung der Gutachter nach so begründungslosen Behauptungen, wie sie über den Tiefbau abgegeben wurden, nicht so groß sein, daß ihr Vorschlag eine verwertbare Grundlage der erforderlichen Entscheidung der Arbeitszeitfreitigkeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau abgeben könnte. Daran dürfte auch die Tatsache nicht viel ändern, daß bei der Einstimmigkeit des Gutachtens auch ein den christlichen Gewerkschaften nahestehender Professor mitgewirkt hat. Die beiden von den Parteien benannten Kommissionsmitglieder hatten ja bekanntlich kein Stimmrecht, tragen also auch für dieses Gutachten keine Verantwortung.

Nuglose Arbeit.

Nach alledem ist nicht einzusehen, daß die langwierige Gutachterstätigkeit den zur Entscheidung stehenden Fall wesentlich vorangebracht hat. Das, was an zusätzlicher Erkenntnis zutage gebracht wurde, ist, verglichen mit dem großen Aufwand, nur gering. Der tiefere Sinn dieses Gutachtens, nämlich als

Bremskloß der wirtschafts- und sozialpolitisch berechtigten Arbeitszeifforderungen der Gewerkschaften

zu dienen, wird nicht in Erfüllung gehen. Mit der zwölfstündigen Schichtzeit in der mitteldeutschen Braunkohle muß und wird Schluß gemacht werden. Dieses Gutachten ist nicht imstande, die Bergarbeiter von der Ueberzeugung der wirtschaftlichen und sozialen Angemessenheit der achtstündigen Arbeitszeit abzubringen. Daß Recht doch stärker ist als Papier, dafür wird die mitteldeutsche Bergarbeitergewerkschaft mit aller Kraft einstehen!

Kaliwirtschaft.

IV. „Rationalisierung“, Arbeitsleistung und Lohnanteil.

Die Einigung in der Kaliindustrie ist, wie wir bereits dargelegt haben, erfolgt. Wie und auf welchen Kosten sie erfolgt ist, dafür einige Beispiele:

Von den 22 Kaliwerken sind noch 15 in Betrieb. Die Arbeiter und Angestellten, die auf den stillgelegten Werken beschäftigt waren, sind entlassen. Im Jahre 1913 waren 152 Kaliwerke in Betrieb. Auf den in Betrieb befindlichen Kaliwerken waren ausschließlich der Nebenbetriebe 27 932 Arbeiter beschäftigt. Von diesen wurden insgesamt 8 214 641 Schichten verfahren. 1926 betrug die Zahl der Arbeiter in der Kaliindustrie ausschließlich Nebenbetriebe 21 794. Von diesen wurden 2 300 893 Schichten verfahren. 1926 waren noch 17 533 Arbeiter beschäftigt. Die Schichtenanzahl, wiederum ausschließlich Nebenbetriebe, betrug 3 400 108. Die Anzahl der Arbeiter ist bei fast gleichbleibendem Absatz in 1926 gegen 1913 um 10 400 Mann und die Anzahl der verfahrenen Schichten um 3 424 736 gesunken. Nach dem Kaligesetz erhalten Arbeiter, soweit ihre Entlassung infolge Quotenübertragungen erfolgt ist, eine einmalige Entschädigung. Die Entschädigung soll den Betrag des entgangenen Lohnverlustes für 26 Arbeitswochen ersetzen. Derselbe Industrie, die nach den Angaben der schwerindustriellen „Rhein-Westf. Ztg.“ 50 Prozent Reingewinn erzielen kann, hat sich hierbei geradezu schuldig benommen. Kein einziger Arbeiter dürfte überhaupt den vollen ihm nach dem Gesetz zustehenden Entschädigungsanteil für 26 Wochen erhalten haben. Wo sie schon einmal den Anspruch grundsätzlich anerkannt haben — und das ist in den wenigsten Fällen geschehen —, haben sie gehandelt wie die Kopfschneider. Die durch die Schuld der Kaliindustriellen brotlos gewordenen Arbeiter und Angestellten konnten ja sehen, wie sie nach dem Dinauswurf fertig wurden. Für das Jahr 1925 hat das Kaligebiet berechnet, daß an Entschädigung für die durch Stilllegung und Quotenübertragungen arbeitslos gewordenen Arbeiter und Angestellten ein Betrag von 0,18 Mk. pro Dz. K.O. zu entrichten war. Hierbei ist zu beachten, daß im Jahre 1925 die größte Anzahl der Arbeiter und Angestellten infolge Stilllegungen entlassen wurde. 1926 sind nur noch ganz geringfügige Summen an Entschädigungen gezahlt worden. Der auf den Dz. K.O. ent-

fallende Betrag für Entschädigungen an Arbeiter und Angestellte muß um mehr als 50 Prozent gegen 1925 gesunken sein. Eine weitere Ermäßigung des Kostenanteils am Dz. K.O. für Entschädigungen an Arbeiter und Angestellte ist bestimmt für das Jahr 1927 zu erwarten. Es ist also im Verhältnis zum Preis und den Gesehungslosten ein lächerlicher Betrag, der für die Entschädigungen an Arbeiter und Angestellte ausgeworfen ist.

Aber die Vornehmheit der Kaliindustrie zeigte sich vor allem in den Verhandlungen über die grundsätzliche Anerkennung der Entschädigungspflicht überhaupt. Aus den Verhandlungsprotokollen und den Schiedsgerichtsakten ist ersichtlich, daß bei mindestens 75 Prozent der Entlassungen auf stillgelegten Werken die Kaliunternehmer den Anspruch auf Entschädigung der Arbeiter und Angestellten verneint und abgelehnt haben. Für ihre Stellungnahme haben sie die taubenscheinigsten Gründe ins Feld geführt. Obwohl einwandfrei feststeht, daß die Quoten sämtlicher stillgelegten Werke auf die noch in Betrieb befindlichen Werte übertragen sind, haben sie fast durchweg bestritten, daß die Entlassungen wegen Quotenübertragungen erfolgt sind. Absatzrückgang, fortschreitende Technisierung usw. wurden als Gründe für die Entlassungen bezeichnet. Das tollste aber, welches sich eine Anzahl von Werken des Winterhalls-Konzerns leisteten, ist folgendes:

Das Gesetz sieht für die Geltendmachung der Entschädigungsansprüche eine Karenzzeit von einem Jahr vor und nach der Stilllegung vor. Auf mehreren Winterhallswerken sind mit verstärkter Belegschaftszahl von anderen stillgelegten Werken, die durch den Nachweis der Beschäftigung ihren Anspruch auf Entschädigung überhaupt verloren hatten, ungeheure Vorräte aufgespeichert worden, Vorräte, die über ein Jahr, also über die im Gesetz vorgesehene Karenzzeit hinaus zur Erfüllung der Absatzquote ausreichten. Die Werte bestritten dann, sich wegen Quoten-

Der Geist muß auferstehen!
Hört ihr die Sirenen und Posaunen?
Der Frühling schreitet durch das Land
Und streut mit schöpferischer Hand
Die Wunder seiner Schöpferlaunen.
Sein Odem zaubert neues Leben,
Gewenes weicht jungem Drang
Und Kräfte neuer Triebe heben
Sich schaffensfroh aus engem Zwang.
Hört ihr die Sirenen und Posaunen
Der auferstandenen Natur?
Im blauen Raum, in Wald und Flur
Schallt Sang und Klang, Gesumm und Rausen.
Im Fuß des Schmetterlings entfaltet
Die Knoche ihr verdümmtes Berg.
Das Leid versank, die Freude waltet
Und hebt die Berge sonnenwärts.
Hört ihr die schmetternden Posaunen?
Den Ruf der Auferstehungszeit?
Wacht auf! Befinnt euch! Seid bereit!
Es gilt zu handeln, nicht zu staunen!
Erhebt euch aus den langen Wehen
Und sündet rote Sackeln an!
Der Geist — der Geist muß auferstehen,
Damit er Großes schaffen kann!
Victor Kallnowski

übertragung stillgelegt zu haben, um auf diese Art der Entschädigungspflicht zu entgehen. Vielleicht versteht die „Rhein-Westf. Ztg.“ jetzt besser die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion zum Kaliwirtschaftsgesetz.

Aber nicht nur die Arbeiter sollten in den Genuss einer Entschädigung während ihrer Beschäftigungslosigkeit gelangen, sondern die stillgelegten Werke erhalten eine Entschädigung in Form der Beibehaltung der Quoten bis zum Jahre 1953. Während der Entschädigungsanteil der Arbeiter, wie schon erwähnt, am Dz. K.O. im Jahre 1925 0,18 Mk. betrug, betrug der Entschädigungsanteil der stillgelegten Werke nach den Berechnungen aus derselben Quelle 1,18 Mk. Mit der zehnprozentigen Erhöhung der Preise ist eine mindestens in demselben Umfange gestiegene Erhöhung der Entschädigung an die Werke verbunden. Während aber die Arbeiter einen Anspruch auf Entschädigung für 26 Wochen haben sollten, besteht der Entschädigungsanspruch der Werke nach dem jetzigen Gesetz bis zum Jahre 1953. Bis zum Jahre 1953 also ist den 183 stillgelegten Kaliwerken ein vollständig arbeitsfreies Einkommen gesichert, ein Einkommen, welches nach Darlegungen des Herrn Generaldirektors Hofsterg in der Generalversammlung des Winterhalls-Konzerns auf 20 Prozent Dividende für eine Anzahl der stillgelegten Werke zu bemessen ist. Wie schön schimpft es sich doch angeht dieser Zustände auf die hohen Unternehmungen der Arbeitslosen!

Das ist die eine Seite der Rationalisierung. Den Unternehmern alle Vorteile, den Arbeitern alle Lasten derselben.

Es erscheint uns dringend notwendig, den Phrasennebel, den die Industrie gewöhnlich über die Arbeitsleistung des einzelnen Mannes zum Zwecke der Niedrighaltung der Löhne und der Beibehaltung der langen Arbeitszeit verbreitet, zu zerteilen. An die Spitze unserer Erörterungen über diesen Gegenstand möchten wir die Frage an die Unternehmer und auch an die Behörden richten: Wie hoch muß die Leistungssteigerung pro Mann und Schicht und wie niedrig muß der Lohnanteil des Arbeiters an den Gesehungslosten bezw. des Preises eines Produktes sein, um nach den Ansichten der Unternehmer und der Behörden eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne zu rechtfertigen? Im Jahre 1913 wurden von 27 932 Mann in 8 214 641 Schichten 13 257 070 Dz. K.O. gefördert. Die Leistung pro Mann und Schicht betrug 1913 1,502 Dz. K.O. Der Lohnanteil am geförderten Dz. Reinkali betrug im selben Jahre 2,91 Mk. Der Lohnanteil betrug also im Jahre 1913 17,13 Prozent. Die Leistung stieg im Jahre 1925 auf 2,174 Dz. pro Mann und Schicht und im ersten Halbjahr 1926 auf 2,223 Dz. Reinkali. Sie ist im ersten Halbjahr 1926 gegen das Jahr 1913 um ca. 48 Prozent gestiegen. Inzwischen haben weitere Stilllegungen stattgefunden. Eine weitere Verminderung der Belegschaft ist eingetreten, so daß sich nach unseren neueren Berechnungen im ganzen Jahre 1926 die Leistungssteigerung pro Mann und Schicht auf 56,5 Prozent gegen 1913 beläuft. Vertreter der Kaliindustriellen haben bei gelegentlichen Verhandlungen diese Zahlen nicht bestritten.

Trotz dieser ungeheuren gesteigerten Leistung pro Mann und Schicht ist nicht nur der Lohnanteil und der prozentuale Lohnanteil am Dz. K.O., sondern auch die absolute Lohnsumme ganz bedeutend gesunken. Sie betrug im Jahre 1913 38 691 807 Mk., im Jahre 1925 13 621 889 Mk. und im Jahre 1926 34 592 126 Mk. Die Lohnsumme vom Jahre 1926 bleibt mit über 4 Millionen Mark gegen die im Jahre 1913 und mit 9 Millionen Mark gegen die im Jahre 1925 zurück bei einer Preiserhöhung von 10 Prozent gegen 1912. Es kommt also für das Jahr 1926 eine Gesamtlohnsumme von 34 592 126 Mk. heraus bei einer um 20 Millionen Mark erhöhten Einnahme und 9 Millionen Mark weniger Lohn! Ein nettes Geschäft!

Angehts dieser Zustände möchten wir unserer ersten Frage noch die eine hinzufügen: Wo bleiben die gesteigerten Erfolge der Arbeit der Arbeiter? Doch darüber später.

Werbt für den Verband!

Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften besteht neben der Sicherung des bisher Errungenen in der Forderung und Erklämpfung auskömmlicher Löhne und einer kürzeren Schichtzeit. Leider werden ihre dahingehenden Bestrebungen recht häufig erschwert, wenn nicht völlig unmöglich gemacht durch die vielen Abwärtswerte, die den Gewerkschaften entweder indifferent oder sogar feindlich gegenüberstehen und durch diese Einstellung den Arbeitgebern die besten Argumente gegen jede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen liefern. Sehr häufig tritt gerade bei den leztgen erfolgten Verhandlungen die Vertreter der Arbeitgeber den Vertretern der Arbeitnehmer das Recht ab, im Namen der Bergarbeiter Forderungen aufzustellen und zu vertreten mit dem Hinweis auf die große Zahl der Unorganisierten gerade im deutschen Bergbau. Sie schlussfolgerten weiter aus dieser unläugbar vorhandenen Tatsache, daß

ein großer Teil der Bergarbeiter mit den jetzigen Verhältnissen, d. h. mit den niedrigen Löhnen und der langen Arbeitszeit, einverstanden

ist und keine Verbesserung ihrer Lage wünscht.

Eine gewisse Berechtigung kann man dieser Logik nicht absprechen. Scheinbar sind ja die leider noch viel zu oft im Bergbau anzutreffenden Unorganisierten mit den jetzt gezahlten durchaus unzureichenden Löhnen einverstanden und zufrieden, scheinbar ist ihnen die durch Schiedsprüche verlängerte Schichtzeit noch nicht lange genug. Wie wäre es sonst zu verstehen, daß so viele schmolend abwärts stehen, wenn es gilt, für Erhöhung der Löhne zu kämpfen? Wie wäre es weiter zu verstehen, daß die tarifliche Schichtzeit durch Ueberarbeit um zwei und mehr Stunden je Tag und Durchschnitt verlängert wird?

Wenn auch der größte Teil der Ueberarbeit nicht freiwillig verfahren, sondern unter einem gewissen Druck erzwungen wird, so steht auf der anderen Seite fest, daß leider zahlreiche Kameraden, von falschen Voraussetzungen ausgehend, sich freiwillig zur Ueberarbeit drängen und dadurch nicht nur ihre arbeitslosen Kameraden schädigen, sondern auch die Verhandlungen zwecks Verkürzung der Arbeitszeit ungeheuer erschweren. Die Unternehmer weisen bei jeder Verhandlung hämisch auf diese Tatsache hin und kommen so zu einer billigen Argumentation, die sie auch weidlich ausnützen. So konnte während der ersten Lesung des Arbeitszeitgesetzes im Reichstag am 5. April d. J. der Sprecher der Deutschen Volkspartei, der Unternehmer Dr. Keffler, das stauende Haus mit einem angeblichen Arbeiterbrief überfallen, in dem der Schreiber behauptet, „er wisse nicht, wie er seine freie Zeit bis zum Schlafengehen zubringen soll und er möchte daher gerne länger arbeiten.“ Entweder sind die Unternehmer einer Fälschung zum Opfer gefallen oder einem verspäteten Aprilscherz. Bestimmt ist aber in jedem Falle auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens.

Die Gewerkschaften haben ihren Kampf nicht nur nach rechts, sondern fast noch mehr nach links gegen eine gewisse Presse zu führen. Die „Rote Fahne“ in Berlin, der „Kassenkampf“ in Halle und das „Ruhr-Echo“ in Essen, von den kleineren Klaffern und Ablegern ganz zu schweigen, überbieten sich tagtäglich in

Beschimpfungen und Verdächtigungen der Gewerkschaften und ihrer Führer.

Schandlicher wird dabei sehr oft in demselben Satz auf die Notwendigkeit des Beitritts zu derselben Gewerkschaft hingewiesen, die man kurz vorher noch als geld und als Streikbrechergesellschaft beschimpft hat. Daß durch eine derartige Taktik das Vertrauen der Bergarbeiter zur Organisation nicht gestärkt, sondern im Gegenteil untergraben wird, liegt auf der Hand und scheinbar in der Absicht dieser Arbeiterpresse.

Das große Verbrechen der Gewerkschaftsvertreter besteht darin, daß sie nicht auf Moskau schwören. Ihre durch das Statut festgelegte parteipolitische Neutralität, die Vorbedingung jeder fruchtbringenden Gewerkschaftsarbeit (siehe die an Parteiparolen zugrunde gelegene Union) ist ein Dorn im Auge der KPD-Zentrale. Der Kampf gegen sie ist auch nur von diesem Standpunkt aus zu werten und zu verstehen.

Gegen den Schlichter Mehlisch wurde nicht nur zu Lebzeiten, sondern auch nach seinem leider viel zu früh erfolgten Tode die schärfste Klinge geschlagen. Seine Schiedsprüche wurden als Schanddokumente, er selbst als Verräter, Unternehmerfeind usw. hingestellt. Kein Mensch hat nach den leztgen erlassenen Schiedsprüchen, die sicher nicht besser als die von Mehlisch gefällten waren, eine auch nur annähernd so scharfe Urteil über dieselben in der kommunistischen Presse gefunden. Wie kommt das? Warum findet Dr. Foetten mehr Gnade vor den Augen der „Revolutionäre“? Das Geheimnis besteht darin — und das muß einmal offen ausgeprochen werden —, daß Dr. Foetten nicht der Sozialdemokratischen Partei angehört und daher auch nicht von der nur auf Agitation eingestellten KPD agitatorisch ausgenützt werden kann. Im Gegensatz zum Gros ungerer kommunistischer Mitglieder und Funktionäre können oder wollen die Redakteure oben genannter Zeitungen Partei- und Gewerkschaftspolitik nicht auseinanderhalten, zum Schaden der ganzen Bewegung. Unbelehrbar und zum Teil auch unfähig, nur dogmatisch auf Moskau schwörend, sehen sie alles durch ihre Parteibrille und verwechseln immer das Wollen mit dem Können.

Trotz der Widerstände von links und rechts

ist es den im Verband organisierten Kameraden in den weitest weiten Kreisen gelungen, das Realeinkommen in den lezten Jahren dauernd zu steigern. Darüber hinaus ist aber auch in die übermäßig lange Arbeitszeit Preise geschlagen worden. Beispielsweise konnte die Arbeitszeit der in den nicht durchgehenden Tagesbetrieben beschäftigten Arbeiter an der Ruhr und in Wachen um je eine Stunde, die Schichtzeit um je zwei Stunden verkürzt werden. Sogar kommt für die Untertagebelegschaft des Nachener Reviers eine Schichtverkürzung um eine Viertelstunde ab 1. Juni d. J. Im oberflächlichen Steinkohlenbergbau ist es gelungen, die Schichtzeit der Untertagebelegschaft ab 1. März 1927 um eine Viertelstunde, und ab 1. September um eine weitere Viertelstunde zu verkürzen. Im Braunkohlenbergbau des linken Niederrheins und in Mitteldeutschland konnten den Unternehmern gleichfalls Zugeständnisse in der Frage der Arbeitszeit abgerungen werden.

Nicht alle unsere Forderungen konnten verwirklicht werden, noch vieles bleibt zu tun. Unzählige Verschlechterungsanträge der Unternehmer konnten abgewehrt und dafür Verbesserungen in den Tarifvertrag hineingebracht werden. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die Festlegung des Urlaubes für Jugendliche des Ruhrbergbaues, des ersten Urlaubs überhaupt, der den Jugendlichen im Bergbau gewährt wird.

Ueber eines müssen sich die Kameraden im deutschen Bergbau klar sein: Jeder gefällte Schiedspruch wird immer nur so aussehen, wie ihn sich die Kameraden wünschen. Die Fassung des Schiedspruches wird nicht nur bestimmt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch durch die Stärke der Parteien. Sollen die Schiedsprüche der kommunistischen Zeit bessere Bestimmungen für die Arbeitnehmer bringen, so muß der erste Vorbedingung hierzu ein festerer Zusammenschluß der Bergarbeiter im Bergarbeiterverband, damit den erhobenen Forderungen auch der nötige Nachdruck verliehen werden kann.

Die Weltkohlenlage

wurde in der Sitzung des Reichskohlenrats vom 2. April, wie üblich, durch den Bericht des Geschäftsführers, Berghauptmann Benhold, erläutert. Wir entnehmen dem Bericht das folgende:

Der deutsche Steinkohlenbergbau

zeigt trotz der Verfallung, die ihn in den ersten Monaten des Jahres 1926 noch beherrschte, im Ergebnis des gesamten Jahres eine Rekordförderung von 145,1 Millionen Tonnen, womit er die Produktion des letzten Vorkriegsjahres 1913 (in den heutigen Grenzen Deutschlands) um 1,6 Mill. To., das ist um etwa 3,3 Prozent, und diejenige des Vorjahres 1925 um 12,7 Mill. To., das ist um etwa 9,6 Prozent, übertrifft hat. Die Besserung setzte erst im Juni 1926, nachdem sich die ersten allgemeinen Auswirkungen des Ausfalles der englischen Kohle fühlbar machten, ein und erreichte im Dezember mit einer Monatsförderung von 13,8 Mill. To., die den Monatsdurchschnitt von 1913 (Deutschland in seinen jetzigen Grenzen) um 2 Mill. To. überschritt, ihren Höhepunkt. In den beiden ersten Monaten des laufenden Jahres ist allerdings ein fortschreitendes Nachlassen der Monatsförderung, im Februar auch eine Abnahme der arbeitstäglichen Produktion zu bemerken, in beiden Beziehungen wird aber das Ergebnis des letzten Vorkriegsjahres immer noch erheblich übertraffen.

Der Ruhrbezirk, der 1926 mit seiner Förderung noch um 2 Mill. To. hinter 1913 zurückblieb, übertraf ab August den Tagesdurchschnitt von 1913, im Dezember mit 130 000 To. um 52 000 To. täglich. Die Belegschaft wurde vom Tiefstand bis zum Dezember 1926 um 13 000 Mann, und damit über die Jahresdurchschnittszahl von 1913 um etwa 16 000 Mann gesteigert. Bis Ende Februar 1927 trat eine weitere Vermehrung um ca. 7 000 Mann ein. Der Fördereranteil hob sich gegen 1913 bei der Gesamtbelegschaft um 18 Prozent, bei den Bauern um 28 Prozent.

In der Kohlerstellung, deren Jahresergebnis im gesamten deutschen Steinkohlenbergbau nach unläuglich abgeschlossener endgültiger Feststellung gegen 1925 einen Rückgang um etwa 7,5 Prozent, und gegen das letzte Friedensjahr ein Zurückbleiben um noch 17 Prozent zeigt, zeigte sich an der Ruhr im letzten Halbjahr 1926 ständige Zunahme. Im Dezember war die Erzeugung höher als im Monatsdurchschnitt des letzten Vorkriegsjahres.

Auch die Steinkohlenbrüetterzeugung, die sich im Jahresergebnis des ganzen deutschen Bergbaues nur unwesentlich gegenüber dem Vorjahr erhöht hat, gegen 1913 aber noch um 17 Prozent zurückgeblieben ist, zeigte im Ruhrbezirk im Verlaufe der zweiten Hälfte des Berichtsjahres eine steigende Tendenz. Ihre volle Vorkriegszahl wurde durch die Höhe der Verkaufspreise gehindert, die infolge des Ausfalles des englischen Marktes stark angezogen und dadurch auch eine Verteuerung des Brütterproduktes notwendig machten, übrigens die einzige wesentliche Preisänderung, die der Ruhrkohlenmarkt im Laufe des Berichtsjahres erfahren hat.

Einen ähnlichen frischen Zug wie für die Ruhr hat der englische Streit auch in die Produktion aller übrigen deutschen Steinkohlenreviere gebracht. Mit Ausnahme von Sachsen haben sie alle die letzte Friedensjahresförderung überschritten, West-Oberschlesien, das nach wie vor den unmittelbaren Vorteil aus dem Fortfall des polnischen Kohleneinfuhrkontingents zieht, am meisten mit um reichlich 57 Prozent, und das Wägener Revier mit etwas mehr als um 41 Prozent. In West-Oberschlesien haben sich namentlich einige Schachtanlagen des Privatbesitzes mächtig entwickelt und die bis dahin an der Spitze markierenden preussisch-fürstlichen Unternehmungen, obwohl auch sie in den letzten Jahren unter Aufwand sehr großer Mittel nach allen Regeln modernisiert worden sind, überflügelt. Es wirkt sich darin eine Folge der schweren Schädigung aus, die gerade der Staatsbesitz vermöge des Verlustes seiner ergiebigsten Steinkohlenfelder durch die gewalttätige Bereicherung Oberschlesiens erlitten hat.

Die Wägener Kohle hat durch die Verbindung ihres bedeutendsten Vertreters mit der benachbarten luxemburgischen Eisenindustrie und durch ihr Vordringen auf dem süddeutschen Markt, der namentlich auch durch den zeitweisen Ausfall der für den täglichen Bedarf stark in Anspruch genommenen Saarkohle besonders aufnahmefähig war, einen für die Aufrechterhaltung des Industrielebens im Wägener Grenzbezirk recht wirksamen Antrieb erhalten. Alle Steinkohlenreviere zeigen auch in bezug auf das monatliche Anwachsen ihrer Förderung und deren Höhepunkt, auf die Zunahme ihrer Belegschaft und die Steigerung ihres Förderanteils je Mann und Schicht sowie sein Schwanken in den letzten Monaten ein ähnliches Bild wie der Ruhrbezirk; nur Sachsen bleibt, was den Fördereranteil anbelangt, wie schon stets in den Vorjahren, noch fühlbar zurück; sein Stand unterweicht im Dezember 1926 den Durchschnittsmaßstab des letzten Vorkriegsjahres, bezogen auf die Gesamtgrubenbelegschaft, noch immer um etwa 12 Prozent, und bezogen lediglich auf die unter Tage beschäftigte Arbeiterschaft um mehr als 8 Prozent. Eine gewisse Verteuerung gegen das Vorjahr ist allerdings auch bei ihm nicht zu verkennen. Schließlich vollzieht sich auch das Absinken der Produktion in den beiden ersten Monaten des laufenden Jahres in den anderen Steinkohlenrevieren konform mit den einschlägigen Erfahrungen des Ruhrbezirks. Diese ganze Gleichmäßigkeit beweist daher, wie unmittelbar und fühlbar der gesamte deutsche Steinkohlenbergbau von den Wandlungen des die Welt beherrschenden englischen Kohlenmarktes beeinflusst wird.

Anderes liegt es bei der

deutschen Braunkohle.

die im Berichtsjahre zum ersten Male seit 1921 auch wieder wengenmäßig hinter die deutsche Steinkohle hat zurücktreten müssen. Mit einer Jahresförderung von 139,9 Mill. To. bleibt sie um nicht ganz 5,5 Mill. To. hinter ihrem älteren Bruder zurück. Das Ergebnis des Berichtsjahres weicht von dem des Vorjahres in Rohbraunkohle fast gar nicht, in Bricketts mit einem Mehr von 700 000 To. ab. Dieses Mehr legte im wesentlichen erst in den Herbstmonaten des Jahres 1926, also erheblich später als bei der Steinkohle ein, als bei der Länge der englischen Arbeitsförderung sich die Verhältnisse auf dem Weltmarkte zuspitzen begannen und besonders die Nordländer, aber auch England selbst auf die deutschen Braunkohlenbrüetter zurückgriffen. Die im September in den drei großen Braunkohlenrevieren Ostpreußen, Mitteldeutschland und Rheinland aufgehäuften sehr erheblichen Brickettsstapel von zusammen über 1 Mill. To., die, ähnlich wie im Mai, wo diese einen noch größeren Umfang angenommen hatten, die Unternehmungen arg zu lähmen anfingen, fanden in dieser plötzlich auftretenden Bedarfsdeckung eine willkommene Verroendung. Eine nennenswerte Verschiebung in der Erzeugung wird zwischen den drei Revieren in dem Berichtsjahr nicht festgestellt: Mitteldeutschland ist in der Rohkohlenförderung etwas, um rd. 1 Mill. Tonnen, zurückgegangen, das Rheinland hat darin 800 000 To. und in der Brickettsherstellung 500 000 To. gewonnen, während Ostpreußen nur auf letzterem Gebiet eine Besserung um 150 000 To. zu verzeichnen hatte. Die Belegschaftszahl ist im Jahresdurchschnitt im Rheinland gegen das Vorjahr nur wenig verändert, während Ostpreußen und namentlich Mitteldeutschland eine ziemliche Verminderung zeigt, letzteres um reichlich 15 Prozent. In dieser Entwicklung wird ein Teil des Erfolges sichtbar, mit welchem die östlichen Reviere bemüht sind, es ihrem westlichen Wettbewerber, dem durch die bekannten mächtigen Ablagerungen begünstigten Kölner Revier, dessen mächtige Ausrüstung nachgerade einen gewissen Beharrungsstand erreicht hat, auf dem Gebiete der mechanisierenden Durchbildung des Betriebes gleich zu tun. In den beiden ersten Monaten des laufenden Jahres zeigt auch der Braunkohlenbergbau einen gewissen Rückgang der Produktion.

Jahresergebnis von 1926 in Stein- und Braunkohle

zusammengefaßt und dabei der Wert der letzteren im Vergleich zur Steinkohle nach dem bei den Organen der Kohlenwirtschaft eingebürgerten Verhältnis zu 2 Nummern eingeteilt, so erhält man auf Steinkohle umgerechnet eine deutsche Gesamtförderung in Steinkohle von 176,5 Mill. To., das ist 84 Prozent des Ergebnisses von 1913 für Deutschland in seinen damaligen Grenzen und 16,4 Millionen Tonnen mehr, als Deutschland in seinen

jetzigen Grenzen (ohne Saar) in demselben Jahre hervorgebracht hat. Daß diese erhöhte Produktion und daneben auch noch die gewaltigen Festände an Kohlen, Koks und Bricketts, die sich im April und Mai 1926 auf den Hecken und den Lagerplätzen der Exportationshandelsgesellschaften angehäuft hatten, im wesentlichen abgesetzt werden konnten, verdankt der deutsche Kohlenbergbau in erster Reihe dem Einfluß der englischen Arbeitsförderung, dann aber auch dem in der zweiten Hälfte des Jahres einsetzenden stärkeren Inlandsverbrauch. Während der deutsche Gesamtjahresverbrauch in Stein- und Braunkohle, nach der schon früher erörterten Methode des Reichskommissars für die Kohlenverteilung errechnet, im ganzen Berichtsjahr noch um reichlich 5,3 Mill. To. gegen denjenigen des Vorjahres und gar um 16,4 Mill. To. gegen den von 1913 (Deutschland in seinen jetzigen Grenzen gerechnet) zurückgeblieben ist, hat der deutsche Monatsverbrauch seit Oktober 1926 den durchschnittlichen Monatsverbrauch sogar des Jahres 1913 überschritten, und zwar in den Monaten November und Dezember in ganz erheblichem Umfange. Der Steinkohlenverbrauch für sich allein ist allerdings auch in diesen Monaten dem durchschnittlichen Steinkohlenmonatsverbrauch des Jahres 1913 nur gerade nahegekommen. Diese letzten drei Monate waren es auch, in denen sich bei uns in Deutschland eine gewisse Verknappung besonders an Steinkohle bemerkbar zu machen begann. Zum Teil mag diese Erscheinung auf die Verknappung einer rechtzeitigen Bevorratung durch den Verbrauch und den Handel, wie sie im vergangenen Sommer von der Produktion trotz Einführung von Sommerpreisen vielerorts festgesetzt werden mußte, und die dann zu überflüssigen Angebotsaufstellungen Veranlassung gab, zurückzuführen sein. Daneben wirkte sich aber offensichtlich die gewisse allmähliche Belebung unserer heimischen Wirtschaft aus. Sie findet ihren charakteristischen Ausdruck in der Entwicklung der

deutschen Roheisen- und Stahlerzeugung.

Zeit Mitte vorigen Jahres weist diese stets anwachsende Monatsproduktionszahlen auf, und ihr Jahresergebnis übertrifft, wenigstens in Stahl, dasjenige des Vorjahres und auch das des letzten Friedensjahres für Deutschland in seinen jetzigen Grenzen, während allerdings die Roheisenerzeugung trotz starken Anstieges während des letzten Vierteljahres im Jahresergebnis noch hinter 1925 und 1913 zurückbleibt. Von den vorhandenen 206 bis 208 Hochöfen standen im Juni v. J. 90 im Feuer gegen 115 im Januar 1927. Im Einklang mit dieser allgemeinen Entwicklung kam auch die neue Großschmelze, die Vereinigte Stahlwerke A.G., in ihrem ersten Halbjahresgeschäftsbericht eine Steigerung ihrer Roheisenerzeugung um 48 Prozent und ihrer Koksabfuhrerzeugung um 51 Prozent feststellen und zugleich darauf hinweisen, daß die von ihr angeforderte Gesamtlohnsumme in der Berichtszeit um fast 30 Prozent gestiegen ist, während die Zahl ihrer Arbeiter nur um 9 Prozent zunahm, eine für die Belebung der Kaufkraftvermehrung der beteiligten Bevölkerungstreu bedeutungsvolle Feststellung. Diese vermehrte Beschäftigung der Eisen- und Stahlindustrie spiegelt sich auch in der Erhöhung der Werkstoffverbrauchsdaten des Ruhrindustrials prägnant wieder: Sie zeigen vom Januar bis Dezember 1926 ein Anwachsen um 45 Prozent, und zwar sehr auch hier die ausgesprochene Steigerung seit etwa August ein.

Die Kohlenausfuhr 1926.

Einer Ausfuhr von Steinkohle, Koks und Bricketts (letztere in Steinkohle umgerechnet) von beinahe 12,5 Mill. To. Steinkohle im Werte von 81,5 Mill. Mk. steht eine Einfuhr von 3,5 Mill. To. Steinkohle im Werte von 84 Mill. Mk. gegenüber. Die Hauptmengen dieser Ausfuhr sind nach Holland, Belgien, Italien und besonders nach Frankreich gegangen. Dieser Verkehr nach dem Westländer hat auch zu dem Reformumsatz, den die Duisburger-Mühlroster Häfen im Jahre 1926 mit einer Jahresleistung von 27,1 Mill. To. gegenüber dem bisherigen Höchstmaß von 26,8 Mill. To. im Jahre 1913 zeigten, und zu ähnlich angespannten Verteilerleistungen im Haren Rotterdam geführt. Die starken Mehrmengen nach Frankreich erklären sich besonders dadurch, daß diesem Lande gegenüber die Reparationslieferungen nachgerade unter dem Einfluß des sogenannten Kölner Abkommens, das im Oktober 1926 das Ruhrindusial mit der französischen Verteilungsstelle Office des Houillères sinistres zur Schlichtung verschiedener Streitfragen und zur Anbahnung eines normalen Ausfuhrgeschäftes geschlossen hat, mehr und mehr in den Hintergrund treten. Ebenso hat Belgien bereits seit längerer Zeit auf diese Lieferungen verzichtet. Von der freien deutschen Ausfuhr sind nach Großbritannien nur verschwindende Teile, im ganzen etwa 1,7 Mill. To. gegangen. Die immer wiederkehrenden gegenseitigen Behauptungen in der englischen Presse beruhen auf Irrtum. Offenbar werden die großen Mengen polnischer Kohle, die, weil die polnischen Eisenbahnen und die Häfen Danzig und Gdingen die Massentransporte nicht bewältigen konnten, auf deutschen Linien und durch die deutschen Häfen Stettin und Hamburg, übrigens teilweise unter fühlbarer Beeinträchtigung des heimischen Verkehrs, befördert worden sind, sowie weiterhin auch holländische und tschechoslowakische Ausfuhrn fälschlicherweise den deutschen Lieferungen zugerechnet. Nach obigen Zahlen stellt sich also im vergangenen Jahr ein deutscher Ausfuhrüberschuß von reichlich 800 Millionen Mark heraus, der demjenigen des Vorjahres um ein Mehrfaches und auch den des letzten Vorkriegsjahres beinahe um das Doppelte, jedenfalls weit über das Maß der Steigerung des allgemeinen Preisniveaus hinaus, übertrifft. Er hat damit einen der wichtigsten Aktiwpoten unserer ja leider wieder mit einem, wenn auch nur kleinen Einfuhrüberschuß im reinen Warenverkehr abschließenden Handelsbilanz gebildet. Werden zu den Mengen, die im freien Verkehr nach dem Auslande gegangen sind, noch als unechte Ausfuhr, für die leider keine fremden Devisen in unser Land einströmen, die Reparationslieferungen des Jahres 1926 in Höhe von 11 Mill. To. Steinkohlenwert hinzugerechnet, so ergibt sich eine Summe von 96 Millionen To. Steinkohle, die Deutschland im verfloffenen Jahre an das Ausland abgegeben hat. Das ist beinahe ein Drittel der uns unter Einrechnung der vorhandenen Vorräte im Berichtsjahr zur Verfügung stehenden Kohlenmengen, ein Verhältnis, das nur durch die Auslandslieferungen Hollands übertrifft und von der polnischen Kohle annähernd erreicht worden ist.

Die Steinkohlenproduktion der Welt

betrug etwa 1188 Mill. To., 2 Mill. To. mehr als im Vorjahr und 3 Mill. To. weniger als 1913. Der englische Ausfall wurde also gerade gekehrt. Die Vereinigten Staaten förderten 1926 601 Mill. To. Kanada hat seine Produktion ebenfalls stark gesteigert. Während Europa und Amerika sich 1926/27 die Wage hielten, ist Amerika mit etwa 51,71 Prozent und Europa bei einer absoluten Steinkohlenförderung von etwa 460,5 Mill. metr. To. nur noch mit etwa 38,75 Prozent an der Weltproduktion im Jahre 1926 beteiligt gewesen. Auch die übrigen Erdteile Asien, Afrika, Ozeanien zeigen unter dem Einfluß der neuzeitlichen autarkischen Strömungen einen gewissen Anstieg in der Erzeugung und haben, wie z. B. die südafrikanische Union, in den Monaten der Verknappung sogar in die Kohlenversorgung Europas mit eingegriffen. Besonders haben sie aber die englische Dampfkohle zu erleben gesucht.

Holland produzierte 1926: 87 Mill. To. Steinkohle, 2 Mill. To. mehr als im Vorjahr und 7 Mill. To. mehr als im letzten Friedensjahr. Die Einfuhr betrug 1926: 107 Mill., 1,5 Mill. mehr als im Vorjahr; die Ausfuhr stieg aber von 6 Mill. To. Steinkohlenwert in 1925 auf 9,5 in 1926.

Frankreich hat seine Steinkohlenversorgung aus der eigenen Erzeugung, wie schon in den ganzen Vorjahren, auch in 1926 wieder merklich erhöht. Mit 31,5 Mill. To. übertrifft es die des Vorjahres um etwa 4,1 Mill. To. und diejenige des letzten Vorkriegsjahres, auch wenn dieser die Produktion des inzwischen französisch gewordenen Lotbringen-Bedens zugerechnet wird, um reichlich 7 Mill. To. Die Gruben der ehemaligen nordfranzösischen Kampfzone haben ihre Friedensgewinnung von 18,5 Mill. To. in 1926 um beinahe 3 Mill. To. überstiegen. Auch die Koksherstellung

dieser Gruben hat sich gegen das Vorjahr mächtig entwickelt; mit einer Jahresleistung von etwa 2,5 Mill. To. zeigt sie ein Mehr von beinahe 33 Prozent gegen 1925. Da der Verbrauch Frankreichs an Steinkohle bei der durch den sinkenden Franzosen be günstigten Wille seiner Eisenindustrie wuchs — er ist auf etwa 71 Mill. To. Steinkohlenwert gegen 68 1/2 Mill. To. im Vorjahre zu schätzen —, machte sich bald, nachdem England, der gewohnte Hauptlieferant, ausfiel, in den Gegenden, die normalerweise mit englischer Kohle versorgt werden, unter lebhafter Steigerung der Preise eine krisenhafte Knappheit geltend, die die Regierung zum Eingreifen nötigte, um die Stilllegung öffentlicher Dienstwege und lebenswichtiger Industrien zu verhüten. Erst für die englische Kohle brachte Belgien sowie die stark vermehrte freie Einfuhr Deutschlands, namentlich aber die entschiedene Inanspruchnahme der Saarförderung, so daß diese zeitweise für die Versorgung ihres angestammten weiteren Absatzgebietes, für Süddeutschland und die Waiz, ganz ausfiel. Da der Saarbezirk seit Anfang 1925 als Zollinland gilt, erweisen seine Kohlenlieferungen nach Frankreich nicht mehr als Einfuhr, und so erklärt es sich, daß, während der französische Mehrverbrauch ungefähr durch das Maß der Steigerung der eigenen Kohlerzeugung ausgeglichen und die französische Brennstoßausfuhr mit 5,1 Mill. To. Steinkohlenwert im wesentlichen die gleiche wie im Vorjahre geblieben ist, die offizielle französische Einfuhr an Steinkohlenwert im Berichtsjahr um etwa 2,5 Mill. To., von 2 1/4 auf 2 3/4 Mill. To. zurückgegangen ist.

Die Saarförderung hat ihre Vorjahreshöhe um ein geringes überschritten. Die von der französischen Bergwerksverwaltung zu Saarbrieten in dem letzten Jahr beobachtete Preispolitik, die für die mit dem Saarbergbau organisch verbundene Saarindustrie den Saarkohlenpreis um etwa 10 Prozent über dem der bodenwertigen Ruhrkohle gehalten und dadurch namentlich für die jaarländische Eisenindustrie eine fühlbare Vorbelastung geschaffen hat, hat mehr den je den Wunsch nach Rückkehr der Saargruben zu dem deutschen Mutterlande in den Kreisen der Beteiligten, namentlich auch bei der Arbeiterschaft, wach werden lassen. Vergewissert man sich, daß Artikel 15 des Versailler Diktats die Abtretung des Eigentums an den Saargruben an Frankreich vorsehentlich mit dem Verlangen nach Ersatz für die Herstellung der nordfranzösischen Kohlengruben begründet, längst wieder befestigt sind, so ist dieser Wunsch, für dessen alsbaldige Erfüllung auch die Bestimmungen des Versailler Diktats selbst geeignete Möglichkeiten bieten, nur zu verständlich, und es ist lebhaft zu beklagen, daß seine Verwirklichung augenblicklich wieder in den Hintergrund gedrängt zu sein scheint. Sie wird jedoch heranziehen und desfalls ist es gebotene Pflicht, bei Prüfung aller schwebenden Probleme der deutschen Kohlenwirtschaft den Heimplatz der Saargruben und ihre Wiedervereinigung in den Rahmen der heimischen Wirtschaft schon jetzt stets in geeigneter Weise in Rechnung zu stellen.

Belgien hatte vor dem englischen Streit über eine Monatsförderung auf Lager. Infolge des englischen Streits stieg die Kohlenförderung um 9 Prozent, die Koksproduktion um 20 Prozent, und der Außenhandel belebte sich außerordentlich. Aber das ist heute schon wieder vorbei. Belgien ist der Tummelplatz für Kohlen aller Länder, selbst der polnischen, geworden. Seine Kohlenbestände sind schon wieder auf über 700 000 To. angewachsen, und die von neuem drohende Kohlenkrise hat der Regierung vor kurzem Veranlassung gegeben, die Aufmerksamkeit des Bergbaues auf eine tückischste Konzentration seiner Unternehmungen und, wie die Wesse mittelst, auf die Bildung eines Kohlenindusialts mit dem Ausblick auf einen schließlich internationalen Zusammenschluß zu lenken. Es bleibt abzuwarten, welche Erfolge diese Anregungen haben werden. Ausländisch entwickelt sich der modern ausgerüstete Kohlenbergbau in der belgischen Provinz Limburg in der Campine.

Ähnlich wie in Belgien hat die englische Arbeitsförderung auch auf die Steinkohlenwirtschaft Polens gewirkt. Die namentlich in Ost-Oberschlesien und im Dombrowa-Revier gegen das Vorjahr stark um reichlich 20 Prozent vermehrte Förderung hat, da der Eigenbedarf Polens sich nicht hob, in der Ausfuhr Verwendung gefunden. Die Ausfuhr betrug 12 statt 8 1/2 Mill. To. im Vorjahr.

Die Tschechoslowakei ist im Berichtsjahr mit ihrer Braunkohlengewinnung im wesentlichen auf der Höhe des Vorjahres geblieben. Ihre Steinkohlenproduktion hat sich um 1 1/2 Mill. To. auf etwa 11,5 Mill. To. erhöht. Dieses Mehr, das besonders das Ostrau-Karwiner Revier lieferte, hat sie in der Ausfuhr, deren Zunahme aber erst verhältnismäßig spät, erst im Herbst 1926, einsetzte, untergebracht. Zu der restlosen Aufhebung der Kohlensteuer, die allein in der Tschechei noch erhoben wird, hat sich die Regierung noch nicht verstanden können.

Da über Rußland nach wie vor nur recht dürftige zuverlässige Wirtschaftsnachrichten erhältlich sind, bleibt schließlich von den Ländern des Kontinents für die Betrachtung nur noch England übrig. Es ist nach dem schweren Überlaß, den der verblühende, schließlich aber völlig erfolglose Kampf seiner Bergleute um das Schlagwort „no penny, no minute“ dem Lande verursacht hat — seine direkten und mittelbaren Schäden für die großbritannische Gesamtindustrie schäben die eigenen Sachverständigen in der Größenordnung von etwa 6 Milliarden Mark — mit seiner Kohlenindustrie wieder überaus schnell in die Miese gekommen. Schon der erste Wiederanlauf im Dezember v. J. brachte eine Monatsförderung von 20 1/2 Mill. To. und ist damit nicht viel, etwa nur 3 Mill. To., gegen die Monatsdurchschnittsförderung, der unter der früheren Subsidienwirtschaft recht guten ersten vier Monate 1926 zurückgeblieben. Dieser Erfolg bereits der ersten Wochen ist ein gutes Zeugnis dafür, wie wenig die englischen Gruben unter der langen Betriebsruhe, in der freilich die Kohlarbeiter regelmäßig aufrechterhalten sind, gelitten haben. Nur dem Zustand der Koksöfen idehnt begreiflicherweise die ausgebeugte Baue nicht gut bekommen zu sein, denn mit der englischen Koksherstellung hapert es offenbar noch; daher schreiben sich wohl auch die zurzeit noch verhältnismäßig hohen Preise für Koks. Jetzt, drei Monate nach Streikende, konnte im Februar bei einer 9 Prozent, d. h. um nicht ganz 100 000 Mann verminderten Belegschaft die ungefähre gleiche großbritannische Förderung wie im entsprechenden Monate des Vorjahres erreicht werden. Unter dem Einfluß der im einzelnen in den verschiedenen Revieren recht mannigfach gestalteten, eine bald mehr bald minder große Verknappung bedingenden Neuregelung der Arbeitszeit, bei der auch die bis dahin im englischen Kohlenbergbau recht übliche fünf-Tage-Arbeitswoche durch Zufügung des sechsten Arbeitstages in verschieden abgestufter Dauer grundtätlich vervollständigt ist, hat sich also eine fühlbare Leistungssteigerung herausgestellt. Sie erstreckt sich in den einzelnen Bezirken recht verschieden, aber jedenfalls mit dem für unser Verhältnis zu England bemerkenswerten Ergebnis, daß gerade in den für die englische Ausfuhr und daher für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt wesentlichen Revieren, nämlich in den Bezirken Durham, Schottland, Northumberland und South Wales Steigerungen im Kopanteil an der Förderung im Februar d. J. gegenüber April v. J. bis zu 17,7 Prozent zu beobachten sind, während die Zunahme im Durchschnitt des gesamten englischen Bergbaues nur annähernd 3 Prozent beträgt. Besondere Fortschritte auf dem im Bericht der letzten „Royal Commission“ empfohlenen Wege der Zusammenfassung der vielen kleinen Betriebsstätten in große, leistungsfähige Unternehmungen sind bisher, abgesehen von einigen durch die Presse bekanntgewordenen Großzusammenschlüssen, nicht zu erkennen. Im Februar d. J. standen immer noch 219 englische Gruben im Betrieb gegen 2205, welche Zahl im Jahre vorher, also vor dem Ausstand, vorhanden und von der Kommission als unwirtschaftlich beanstandet war. Ueber die Reorganisation der englischen Kohlenwirtschaft ist kürzlich im Unterhause in Verfolg eines von einigen Mitgliedern der Labour-party eingebrachten Antrags auf notfalls zwangsweise Bildung einer Kohlenverwaltungsbehörde durch das Mines-Departement des längeren verhandelt worden, aber ähnlich wie bereits in einem im vorigen Jahre von der Regierung zum Stadium dieser Frage eingeleiteten Ausschuß ging auch jetzt wieder die überwiegende Meinung dahin, daß Zwangsmaßnahmen auf diesem Gebiete jedenfalls abzulehnen seien. Auf dem empfohlenen Wege der freien Entschließung der Kohlenindustrie selbst ist man aber noch nicht weiter gekommen. So

spielt sich denn das englische Kohlenverkaufsgeschäft auch weiterhin auf dem gewohnten und bewährten Wege der freien Konkurrenz ab, im Inland noch etwas gehemmt durch die immer noch nicht ganz befriedigenden Leistungen der Eisenbahn, die auch jetzt noch durch den Umschlag der alten Verträge von auswärts einströmenden Kohlenmengen noch merkbar in Anspruch genommen ist — sind doch im Januar d. J. noch etwas über 1,9 Millionen Tonnen und im Februar noch 1,4 Millionen Tonnen im Werte von zusammen über 6 Mill. Pf. Sterling nach England eingeführt worden — und auf einem Preisniveau, das allmählich dem des Vorkriegsstandes nahestimmt. Die Exportverhältnisse dagegen bereits wieder mit großem Erfolge tätig; die Ausfuhr hat noch nicht ganz die Vorkriegshöhe erreicht, aber der Unterschied in den zusammengeführten Exportmengen der beiden letztangeführten Monate Januar und Februar wies den letzten beiden und dem Vorjahr ist nur gering, 4,188 Mill. To. in 1926 gegen 2,205 Mill. To. in diesem Jahr. Die englischen Exportpreise sind ziemlich rasch nach dem Sinken des Auslands in Januar nur noch um etwa 2 Schilling höher als um die gleiche Zeit im vorigen Jahr, und die Preise zeigen in dem schweren Wettbewerb mit der schlesischen Kohle weiter fallende Tendenz. Der englische Händler ist mit allen Mitteln bestrebt, seinen alten Platz am Weltmarkt wiederzuerlangen. Auch die von ihm nach Deutschland, in das Ruhrgebiet und nach dem Süden abgesetzten Mengen sind schon wieder ganz beträchtlich, im Februar 277 120 To. gegen 317 242 To. im dem gleichen Monat des Vorjahres.

Die zukünftige Entwicklung der Kohlenwirtschaft.

Alle diese vorstehend aufgeführten Tatsachen weisen mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit auf die nicht gerade leichte Lage hin, der sich der deutsche Kohlenbergbau, nachdem der Ausnahmecharakter des verflochtenen Kohlenjahres abgeklungen sein wird, in Abrede gegenübersehen wird. Gewisse Vorboten melden sich bereits, Vermehrung der nicht abzuführenden, auf die Halbe gehenden Mengen, namentlich in einzelnen Sorten, wobei natürlich auch das unerwartet früh eingetretene milde Wetter abfahrlässigerweise mitwirkt, andererseits nicht mehr vermeidbare Fehlerschichten, die z. B. im Ruhrbergbau jetzt im März auf einzelnen Becken seit langen Monaten zum ersten Male wieder, und zwar zum Teil wiederholt, und auch im nieder-schlesischen Kohlenrevier wegen Absatzmangels eingelegt werden mußten. Da ist es zu begrüßen, daß der deutsche Kohlenbergbau sich nicht ohne eine gewisse Mühsal vor diesen erneuten Kampf gestellt sieht. Mit Genugtuung kann nämlich zunächst festgehalten werden, daß es der deutschen Kohle im verflochtenen Jahr bei ihrem Verkauf in das beschränkte Gebiet westlich der Elbe, durch eine vernünftige, auf lange Sicht eingestellte Preispolitik, die das Entscheidende nicht in der Erhaltung der höchsten Tagespreise erblickte, und durch gewissenhafte Erfüllung der übernommenen Lieferverpflichtungen sich das Vertrauen der Gegenseite zu sichern. Diefür liegt eine ganze Reihe von Urteilen maßgebender ausländischer, jedoch englischer, Käufer über die zuverlässige Güte der gelieferten Kohle vor. Sodann ist nicht zu leugnen, daß der deutsche Kohlenbergbau, der namentlich in der Steintohle durch die ganzen Begleiterscheinungen der Nachkriegszeit (Reinlandabhebung, Geldentwertung, oberirdische Wären, Abreißer, Stabilisierungsströme mit Einbringen von Auslandskautschuk und Abgang) fast bis zur Erschöpfung mitgenommen war, jetzt endlich durch die Verwertung der großen Goldbestände und der gestiegenen Förderung wieder Luft erhaschen und eine gewisse Stärkung erfahren hat. Er hat sie im wesentlichen zum bringen des nötigen Ausbaus der Werke benutzt, so daß, wie ja auch die zurzeit herauskommenden Rechen- schäftsberichte erweisen, wenn überhaupt, nur verhältnismäßig bescheidene Gewinne (?) zur Verteilung gelangen. Ein nicht unbedeutlicher Anteil an dieser günstigen Veränderung der Lage ist übrigens auch der Arbeiterschaft zugute gekommen: durch die Regelmäßigkeit in der Beschäftigung und durch eine gewisse Erhöhung der Lohnsätze hat sich z. B. im Ruhrgebiet der Durchschnittsverdienst des angelegten Bauers und Gedingeschleppers, der im 1. Vierteljahr 1925 563,14 Mk. betrug, im 1. Vierteljahr 1926 auf 637,15 Mk., also um 13 Prozent erhöht, während die Bewegung des Lebenshaltungsindezes in demselben Zeitraum weit geringer geblieben ist. Um den fast gleichen Prozentsatz (13,6 Prozent) hat sich auch der entsprechende Verdienst je Kopf der angelegten Gesamtbelegschaft gesteigert. Durch diese erfreuliche innere Festigung, die sich bei der Steintohle einigermaßen auch den unter schwierigeren Verhältnissen arbeitenden Revieren Niederschlesien und Sachsen mitgeteilt hat und bei der Brauntohle den Eindruck einer gewissen Beständigkeit erweckt, ist der Kohlenbergbau, wenigstens bis zu einer gewissen Linie, in der Lage, den schweren Anforderungen des kommenden Wettbewerbs zu begegnen. England ist offenbar, gestützt auf die Neuregelung seiner Arbeitszeit- und Lohnverhältnisse, die wegen ihrer komplizierten Verschiebenartigkeit von außen her in ihrer Auswirkung auf die Durchschnittsgehälter kaum einigermaßen zuverlässig abzuschätzen sind, zu recht rücksichtslos Preisstellungen entworfen, die andere Länder, z. B. Frankreich, ihrerseits bereits zur Senkung der Bergarbeiterlöhne und daran anschließende Ermäßigung des Kohlenpreises gezwungen haben. Es ist nur zu hoffen, daß der nüchtern englische Geschäftsmann sich nicht zu spät darauf besinnt, daß doch auch sein Bergbau allmählich wieder eine gewisse Dauerrentabilität, die er bekanntlich vor dem Beginn der Subsidienzahlungen verloren hatte, wiedergewinnen muß, um so mehr, als das zurzeit zwischen Unternehmer und Arbeiter im englischen Bergbau bestehende gespannte Verhältnis, das sich aus der hoffnungslosen Unterlegenheit des letzteren in dem eben besprochenen Arbeitstempel herleitet, über kurz oder lang zu einem erfahrungsgemäß mit gewissen Opfern des Unternehmertums verbundenen Ausgleich drängen wird. Mit großem Interesse wird man jedenfalls dem Wiedereröffnen der vierzehntägigen Selbstkosten- und Erlösübersichten, deren Veröffentlichung bis zum Streitensbruch in großbritannischen Kohlenbergbau üblich war, entgegensehen können, um aus ihnen ein gewisses Bild über die jetzige Wirtschaftslage der Werte zu gewinnen.

Nach alledem wird sich der deutsche Kohlenbergbau bei dem bevorstehenden Wettkampf auf sich selbst und seine durch seine Rationalisierungsmaßnahmen gestärkten Kräfte gestellt sehen. Wenn der belgische Arbeitsminister, wie oben schon angedeutet, mit dem Gedanken eines internationalen Kohlenyndikats nach dem Muster des internationalen Stahlpakt glaubt operieren zu können, so fehlen zunächst alle Anzeichen dafür, daß anderswo, also namentlich in England, solche Bestrebungen Anklang finden, und ferner wird man auch bei dem Versuch mit dem Stahlpakt, der im wesentlichen nur auf eine Produktionsregelung hinausläuft, bisher nicht gerade als geäußert bezeichnen können. Ob und inwieweit sein im Gange befindlicher regionaler und sachlicher Ausbau befriedigendere Ergebnisse bringen wird, bleibt abzuwarten. So hat denn der deutsche Kohlenbergbau zunächst das Möglichste aus dem eigenen Inland zu herauszuholen. Hier sind die Syndikate im Beginn, gestützt auf die nach der Stabilisierung normaler gewordenen Verhältnisse und bei dem, wie sich das letzte Vierteljahrheit zur Konjunkturforschung aus 1926 ausdrückt, bei der deutschen Wirtschaft erkennbaren, zögernd fortschreitenden Aufschwung, der namentlich auch in einer besseren Kaufkraft der Landwirtschaft seinen Ausdruck findet, möglichst wieder wie in Vorkriegszeiten zu Jahresabstimmungen mit der Kunde- schaft zu kommen. Dazu gehören die bekannten Sommerpreise für den Hausbrand und den Handel sowie regelmäßige und tunlichst gleichmäßige Abnahmen durch den industriellen Verbraucher, der sich nicht mehr, wie noch im vorigen Herbst, auf den schließlichen Schwung im Lotfall durch den Reichstagsminister für die Kohlen- verteilung verlassen darf. Alles, was dem Kohlenbergbau zur Erreichung dieser hier angedeuteten Ziele dienlich sein mag, wird ihm in der Beweglichkeit der Preisgestaltung und seiner Lieferungsbedingungen anzugehen sein. Zur erfolgreichen Durchführung dieser Ausbilde gehört die tätige Mitwirkung des leistungs- fähigen Kohlenhandels, dessen wichtige Ausgleichsorgane im Interesse der Produktion und des Verbrauchs nicht nachdrück- lich und oft genug betont werden kann. Es ist zu hoffen, daß auch er im verflochtenen Jahr durch den Abkündigung eine gewisse Erleichterung seiner Lage, in die auch er in den Jahren zuvor durch die Wirkungen der Inflation und der Zwangsbewirt-

schaffung der Kohle geraten war, erfahren hat, damit er die kommenden Verteilungsaufgaben besser als in den letzten Jahren zu erfüllen imstande ist.

Was die Preisentwicklung der Kohle in der nächsten Zukunft angeht, so wird eine Erhöhung des seit längerer Zeit im ganzen festgehaltenen Preisniveaus, die angesichts der sonstigen wirtschaft- lichen Lage Deutschlands im höchsten Grade unwillkommen sein dürfte, nur dann in Frage kommen dürfen, wenn unabweisbare Gründe sie erfordern. Ob diese Voraussetzungen etwa für das eine oder andere Erzeugnisgebiet demnächst eintreten könnte, hängt vornehmlich von der bevorstehenden Regelung der wichtigen Arbeits- zeitsfrage ab. Hohe steuerliche Lasten, auf deren Erleichterung gerade nach den letzten Neuerungen des Reichsfinanzministers zum Reichshaushalt wohl kaum gerechnet werden kann, vermehrte Auflagen aus dem Dawes-Plan, vergrößerte soziale Ausgaben zur Milderung der Härte der großen Arbeitslosigkeit, jenseit der Tragbarkeit höherer Produktionskosten, die sich im Bergbau er- fahrungsgemäß aus einer Vertiefung oder Vertenerung der Ar- beitszeit ergeben, sehr rasch eine Grenze.

Die Aufnahmefähigkeit des Kohleninlandmarktes erscheint, wie schon oben angedeutet, für die nächste Zeit nicht gerade ungünstig. Dafür sprechen die verschiedenen Anzeichen, auf die ich aber nicht noch näher eingehen will. Freilich ermahnen die schon er- wähnten Fehlerschichten im Bergbau auch hier zu einer gewissen Vorsicht in der Prognose. Die Erparnisse an Kohle durch wärme- wirtschaftliche und allgemeine betriebswirtschaftliche Verwen- dungsmaßnahmen scheinen in dem einen oder anderen Zweige der Wirtschaft zu einem gewissen Beharrungszustand gelangt zu sein. Dies ergeben Vergleichsziffern, die uns z. B. aus der Kali- industrie die Kaliproduktion fortlaufend seit 1920 bis 1926 zur Verfügung gestellt hat. Die Kohlenverbrauchsdaten, berechnet auf einen Doppelzentner K₂O, ergeben für 1925 und 1926 keinen Unterschied mehr. Dagegen weist die Deutsche Reichsbahn im Kohlenverbrauch des Jahres 1926 weitere Erparnisfortschritte auf. Im Jahre 1926 hatte für die dabei zugrundeliegende Ein- beitszahl von 1000 Lokomotivkilometer, für die ihre Rechtsvor- gängerin im Jahre 1913 1,14 To. Kohle verbraucht hat, der Ver- brauch eben dieselbe Ziffer wieder erreicht — in den Zwischen- jahren war er zeitweise bis zu 21,91 To. angeiegen gewesen —, während er jetzt im Durchschnitt des Jahres 1926 auf 12,50 To. gefallen ist, eine Leistung, die nach Schätzung der Reichsbahn an- geschätz der Vermehrung der Achsenzah der Züge und des Wagen- gewichtes der Ladung über 16 Prozent über der von 1913 liegt. Inwieweit diese Erparnisse noch etwa durch die Kohlenstaub- befouerung der Lokomotiven, mit der die Reichsbahn zurzeit aus- führungsvoll Versuche macht, fühlbar beeinflusst werden können, sieht sich Interesse abzuwarten.

In dem Wettstreit mit der fremden Kohle wird der deutsche Bergbau, abgesehen von der von ihm zu beobachtenden stärksten Beweglichkeit der Preise, auf die besondere frachtpolitische Unter- stützung der maßgebenden Stellen Wert zu legen haben. Die Maßnahmen, zum Teil erst nach langen Bemühungen erlangenen Vorkriegstarife für Stein- und Brauntohle nach den neuen und trodenen Grenzen sowie der jüngst für die Belieferung Groß- berlins zugestandene Großraumtarif sind geeignet, wirk- same Hilfe im Wettbewerb gegen die ausländische Kohle zu werden. Sie lassen ein verständnisvolles, allerdings zum Teil auch aus eigenem Interesse geborenes Eingehen der Eisenbahnverwaltung auf die Wünsche der Kohle erkennen. Hoffentlich erfahren in ähnlicher Weise auch die Erwartungen, die namentlich der schlesische Kohlenbergbau in Sachen der äußersten Befriedigung des bevorstehenden polnischen Kohleneinfuhrkontingentes nicht oft und laut genug den beteiligten behördlichen Stellen ins Gedächtnis zurückrufen kann, eine erbliche Erfüllung. Inwieweit die mehr- fach schwebenden Kanalausführungen, die dem wirksameren Bekämp- fung des ausländischen Kohlenwettbewerbs zu dienen geeignet sind, wird man sich vom Standpunkt der Kohlenwirtschaft mit ihren Befreunden können, aber andere Kanalausführungen, die eine wesentliche Verschiebung der Wettbewerbsverhältnisse zwischen den einzelnen Teilen des deutschen Gesamtwirtschaftsgebietes mit sich zu bringen drohen, werden im Interesse der gefährdeten Wirt- schaftsteile mit Stillsitz angesehen werden müssen.

Im ganzen betrachtet, wird aber, wie schon zurzeit, so nament- lich für die Zukunft das heimische Kohlenproblem wieder maß- gebend von der Sortenfrage bestimmt sein. Unter diesen Um- ständen sind alle die bedeutenden Fortschritte, die im verflochtenen Jahr auf dem Gebiete der Verbesserung des sogenannten Sorten- gleichgewichtes für die deutsche Kohle sich angebahnt haben, und die auch in der Vollversammlung Ihres technisch-wirtschaftlichen Sachverständigenausschusses für Brennstoffverbundung vom 25. Januar 1927, zum Teil unter großem Widerhall in der Presse, zur Sprache gekommen sind, mit Genugtuung zu begrüßen. Es ist außerordentlich reizvoll, würde hier aber zu weit führen, zu verfolgen, welche vielseitigen und überreichen Neuerungen auf dem Gebiete der Kohlenstaubtechnik sowie der gemischten Vered- lung der Kohle auf dem Wege der Finesierung, Vergasung, Ver- flüchtigung in allen Lagern der heimischen Stein- und Brauntohle augenblicklich miteinander im Wettbewerb stehen. Diese ganze, überaus rege Bewegung hat ja auch zu der lebhaften Anerkennung des In- und Auslandes, z. B. auf der Internationalen Pitts- burger Kohlentagung im November 1926, geführt. Sie bildet ein neues Ruhmesblatt für die deutsche Forschung und ihre unermüdbare praktische Anstrengung. An sie wird zurzeit auf me- achem der von der Wissenschaft gewiesenen Wege herangegangen, hoffentlich mit dem verdienten Erfolge, der dann auch der ge- samten deutschen Wirtschaft zugute kommen wird. Die letzte Groß- schöpfung des Ruhrkohlenbergbaues, die Aktiengesellschaft für Kohleerwertung in Essen, deren nächste Aufgabe die urlängst je viel in der Öffentlichkeit erörterte Gaskernverfouerung bildet, die sie in ruhiger Fortentwicklung ihrer ursprünglichen Ideen und unter verständnisvollem Miteinanderarbeiten aller beteiligten Kreise zu lösen gedenkt, hat in den letzten Wochen eine Parallele auch im Ausland, in Frankreich, erhalten, wo unter Vereinstellung ähnlich großer Mittel die Gesellschaft Carburants et Produits de Synthèse in Paris mit gleichgerichteten Zielen ziemlich von der gesamten französischen Bergbauindustrie ins Leben gerufen worden ist. Wir sehen also, daß überall die Kräfte am Werke sind, um das hohe Lied der Kohle, das auf der Pittsburgger Tagung ihr Präsident Baker in so berehenden Tönen sang, der Verwirk- lichung näher zu führen. Wir haben allen Grund zu hoffen, daß es dabei deutschem Können und Fleiß in gewohnter Weise gelingen wird, den Platz zum Wohle unseres Vaterlandes wirksam zu behaupten.

Uebersichten als Lohnerhöhung.

Kamerad Mart öller nahm Veranlassung, auf einige mißverständliche Stellen in dem Geschäftsbericht hin- zuweisen. Die Belegschaf dürfte man nicht vergessen bei einem Vergleiche der Durchschnittsleistung 1913 mit der Leistung im Dezember 1926. Wenn man in dieser Zusammen- werfung einen Vergleich anstellt, dann ergibt sich, daß die För- derung, höher als im Frieden, von einer ge- ringeren Belegschaf erzielt worden sei. Das konnte ja auch in den Zahlen über den Schichtförderanteil zum Ausdruck. Der Lohn habe sich von Juni bis Dezember 1926 zwar um 6 Prozent gesteigert. Bögl er habe aber schon in der Versammlung des Stahlwerksvereins darauf hingewiesen, daß 6 bis 8 Prozent des Lohnes aus Ueber- schichten stammten. Dann bliebe also bei 13 Prozent Lohn- erhöhung für 1926 keine nennenswerte Lohnerhöhung übrig, die nicht auf Ueberschichten zurückzuführen sei, wäh- rend nach Böglers Darstellung die Lohnerhöhung in der Eisenindustrie vornehmlich auf Erhöhung der Akkordsätze entfalle. Im Bergbau sei auch der Lohnanteil je Tonne nicht gestiegen, wieder ein Beweis, daß die Lohnerhöhung nur eine Folge vermehrter Anstrengung und Leistung der Bergleute sei.

Die englischen Selbstkosten würden die deut- schen Bergleute auch gern wieder sehen, noch lieber wäre es ihnen aber, wenn endlich einmal der deutsche Bergbau zweifelsfreie Selbstkosten herausbringen könnte.

Der Haushaltsvoranschlag für den Reichstohlenrat mit 187 000 Mk. und der für die technisch-wirtschaftlichen Aus- schüsse mit 49 000 Mk. wurde genehmigt. Der Syndikats- vertrag für Mitteldeutschland wurde genehmigt, die Geneh- migung des noch nicht abgeschlossenen für Oberschlesien wurde dem Großen Ausschuss übertragen. — Mit anderen geschäftlichen Mitteilungen fand die öffentliche Sitzung ihr Ende.

Das Arbeitszeitnotgesetz.

Am 2. April wurde das Notgesetz, der Entwurf des Besit- zbürgerblocks in Verbindung mit den dazu gestellten sozialdemo- kratischen und kommunistischen Änderungsanträgen im Reichstag in erster Lesung beraten. In schärfster Form vertrat dabei G r a - mann (S.P.D.), zweiter Vorsitzender des A.D.W., den Stand- punkt der Gewerkschaften: Beseitigung der Ueberarbeit, statt der zahllosen Ausnahmen des Regierungsentwurfs, der damit den gemeinsamen sachlichen Standpunkt aller Ge- werkschaftsrichtungen ins Gesicht schlägt. Von diesem Standpunkt ist das Zentrum nicht nur abgewichen, und am Stegerwald als Leiter der christlichen Gewerkschaften brachte es auch über sich, den Kompromissentwurf des Bürgerblocks zu verteidigen. Herr Stegerwald verteidigt die Arbeiter auf das kommende Arbeitszeitgesetz, von dem er glaubt, daß es im Herbst dieses Jahres erledigt sein könnte. Er behauptet, daß die Wünsche der Gewerkschaften (die auch die christlichen Gewerkschaften mit aufgestellt haben!) plötzlich nicht erfüllt werden könnten. Er sagt:

„Die Vinte hat sich nicht klar gemacht, was plöblich — ich unterstreiche das Wort „plöblich“ — möglich ist und was plöblich nicht möglich ist. Mit agitatorischen Redewen- dungen und mit Aufpeitschung der Leidenschaften läßt sich die Frage der gesetzlichen Neuordnung der Ar- beitszeit nicht vorwärtsstreifen.“

Vor der Regierungskrise sei auch schon durch die Gewerkschaften und Bergbehörden gegen das Ueber- stundenwesen nach drücklich eingeschritten worden. (Habt ihr was davon gemerkt, Kameraden? D. Heß.). Dann sei die Verbesserung für Glas-, Gas- und Metallarbeiter bekom- men, ferner hätten damals die Schlichter Anweisung bekommen sollen, auf eine organische Vertizung der Arbeitszeit hinzu- wirken. Das alles hätte mit der Sozialdemokratie er- ledigt werden sollen. Dann aber sei die monatliche Regie- rungskrise gekommen. (Und dann kam der Beitritt des Zen- trums zum Reichsblock, trodem Scholz und die Volkspartei gerade die Frage der Arbeitszeit als Grund für die Aus- schaltung der Sozialdemokratie zeitmeten!) Stegerwald jagte hierzu:

„Dadurch sind auch für die Frage der Arbeitszeit außer- ordentlich große Unzuträglichkeiten entstanden. Ein geschäfts- führender Arbeitsminister hat auf einer Schlichterkonferenz nicht die Stellung wie ein parlamentarischer Arbeitsminister, denn ein geschäftsführender Arbeitsminister kann ja den Schlichtern gar keine Instruktionen für die Zukunft erteilen, weil er gar nicht weiß, wer sein Nachfolger sein wird. So ist dann die Schlichterkonferenz im Dezember ganz anders verlaufen, als sie verlaufen wäre, wenn wir damals eine ordnungsgemäße Re- gelung gehabt hätten. So ist es nun gekommen, daß in den Monaten Dezember, Januar und Februar eine Reihe von Tarif- verträgen abgeschlossen worden sind, bei denen in der Frage der Arbeitszeit alles beim alten geblieben ist.“

Mit der Sozialdemokratie, die die Forderungen der freien Gewerkschaften vertritt, wäre es also auch nach Stegerwald mehr vorwärts gegangen in den verflochtenen Monaten! Wer trägt die Schuld, daß diese Regierung gegen die Arbeiter zustande kam?

Stegerwald konstatierte dann, daß in Deutschland die Arbeiter, die die schwerste Arbeit haben, auch die längste Arbeitszeit haben, er konstatierte daß die zweigeteilte Schicht in der Schwerindustrie kul- turunwürdig sei. Aber, sagte er, beseitigung lasse sich das nicht so leicht. Wir hätten in Deutschland fünf- erlei Arbeitszeit, wenn man da mit dem schematischen Achtstundentag hineingriffe, gäbe das ein Chaos (Schwemmen) und dann ginge es auch nicht, weil Deutschland erst zwei Drittel seines Welthandels erreicht habe.

„Also wenn man das Durcheinander von fünf erlei Arbeitszeiten dadurch korrigiert, daß man für die Hälfte der deutschen Arbeiter, die den Achtstundentag nicht mehr haben, diesen wieder einführt, so gibt das Durcheinander! Uns dünkt, es gäbe Klarheit, es stärke die Krafft unseres Volkes und gäbe vielen Hunderttausenden Arbeitslosen Arbeit!“

Das Notgesetz sei nur der Anfang zur Arbeitszeitverkür- zung, sagte Herr Stegerwald weiter, die Schlichter müßten in der nächsten Zeit auf eine organische Verkürzung der Arbeitszeit hinwirken:

„Im Ruhrgebiet ist es ja in den letzten Monaten schon ge- schehen. Dort bestand seither im oberirdischen Bergbau die zweigeteilte Schicht, also die zwölfstündige Schichtzeit mit der zehnstündigen Arbeitszeit. Nach dem neuesten Schiedspruch ist die zehnstündige Schichtzeit mit der neunstündigen Arbeits- zeit eingeführt, so daß die oberirdischen Bergleute an der Ruhr jetzt zwei Stunden früher nach Hause kommen.“

Die letzte Behauptung Stegerwalds ist natürlich falsch! Diese Stunde Arbeitszeitverkürzung kommt ja nur einem Teil der Ueberarbeiteten an der Ruhr zugute!

Zum Trost für die Bergarbeiter sagte Herr Ste- gerwald weiter:

„Die Wünsche der unterirdisch tätigen Bergleute, für sie gesetzlich die Siebenstundenschicht vorzuschreiben, konnten in die- sem Notgesetz nicht verwirklicht werden. Ich bin aber der Mei- nung, daß diesen Wünschen bei dem endgültigen Gesetz dahin- gehend entsprochen werden kann, daß vorgeschrieben wird: Die Arbeitszeit der unterirdisch tätigen Bergleute beträgt 7 Stunden — denn sie haben stets eine kürzere Arbeitszeit gehabt als die anderen —, sie wird aber erst dann durchgeführt, wenn auch in den übrigen europäischen Kon- turrenzländern die gleiche Arbeitszeit zur Einführung gelangt sein wird. Damit haben wir das Druckmittel, um auch in England die Arbeitszeit wieder zu verkürzen, die durch den dummen Bergarbeiterstreit verlängert worden ist, so daß heute die englischen Bergarbeiter, soweit sie unterirdisch tätig sind, in einigen Bezirken die längste Arbeits- zeit in ganz Europa haben. In der Großindustrie, ins- besondere für die Arbeiter in den Thomas- und Martinöfen und in den Walzwerken wird meines Erachtens der Herr Ar- beitsminister baldigst auf Grund des § 7 der Arbeitszeit-Not- verordnung den Achtstundentag vorschreiben müssen. Schließ- lich wird im nächsten Winter mit dem allgemeinen Arbeitszeit- gesetz vorzustößen und damit die 12stündige Arbeitswoche als Norm vorzuschreiben sein.“

Wir danken Herrn Stegerwald für die Offenheit, mit der er erklärt, auch in dem Arbeitszeitgesetz oder in dem Bergarbeiter- schiedsgesetz den Bergleuten kürzere Arbeitszeit zu verweigern! Auf nichts anderes läuft dieser Standpunkt hinaus! Dannemann, geh du voran! So sagen die Kapitalisten der verschiedensten Länder, so sagen die Arbeits- minister, soweit sie nicht, wie in Belgien, Sozialisten sind, so sagt besonders der deutsche Reichsarbeitsminister und so sagt Herr Stegerwald! Aber nicht was die anderen tun, sondern wir bei objektiver Prüfung der Verhältnisse können und was wir angesichts des Gesundheitszustandes unserer Bergleute mü ß t e n, das ist das Entscheidende!

Sehr interessant war es, wie der Politiker Stegerwald sich mit dem Gewerkschafter Stegerwald auseinandersetzte. Er sagte:

Erstens wollen wir die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit durchgesetzt, die die ständige Arbeitswoche die Norm darstellt, womit das Washingtoner Übereinkommen ratifiziert werden kann. Die Sozialdemokratie will dagegen weitgehend den gesetzlichen schematischen Nachstundentag und etwaige Mehrarbeit nur auf dem Wege der Tarifverträge zugehen. Gewerkschaftlich, und soweit der Tarifvertrag in Frage kommt, gehe ich persönlich mit den sozialdemokratischen Forderungen durchaus einig. Vom Standpunkt des Gesetzgebers dagegen liegt die Sache anders. Es ist in absehbarer Zeit keine parlamentarische Mehrheit zu finden, die einer systematischen Regelung zustimmt. Doch ist es kein Fehler, wenn das Reichsgesetz eine gewisse freie Vereinbarungsmöglichkeit offen läßt, denn neben der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit müssen für die verschiedenen Gewerbe eine Reihe von Feinheiten auch für den Tarifvertrag übrigbleiben. Wir wollen nicht alles im gewerblichen Leben in das unbewegliche reichsgesetzliche Schema gepreßt wissen.

Als Gewerkschafter gibt uns Stegerwald also Recht, als Politiker muß er leider gegen uns, gegen alle drei Gewerkschaftsrichtungen freiten! Fanatische Ausreden! Nur wenn der Nachstundentag (für den Bergbau sieben Stunden) gesetzlich festgelegt ist und notwendige Mehrarbeit nur durch tarifliche Regelung erfolgen kann, nur dann ist ein Weg gefunden, der der Kultur und der unerträglichen Mehrarbeit ein Ende macht!

Aber Herr Stegerwald hat auch ein warmes Herz für die Arbeiter, soweit die Lohnfrage in Betracht kommt. Er sagt:

Ich habe mich sehr stark mit den Dingen beschäftigt und auch innerlich mit ihnen gerungen, weil ich mir sagte, in der Bergbauindustrie, in der Metallindustrie und in der Textilindustrie werden heute noch vielfach außerordentlich niedrige Löhne bezahlt, und die Leute arbeiten 51 Stunden, ja teilweise 56 Stunden in der Woche. Wenn wir für diese ständige Arbeitswoche vorschreiben, dann bedeutet das vorübergehend eine Verringerung ihres Arbeitslohnes, und das können die Arbeiter nicht tragen. Aus diesem Grunde können wir nur organisch vorwärtsschreiten auf dem Wege der Arbeitszeitregelung.

Besser könnte auch ein Unternehmer nicht zum Ausdruck bringen, daß 48 Stunden Arbeit in der Woche nicht genügen, um dem Arbeiter einen menschenwürdigen Lohn zu garantieren!

Wie Herr Stegerwald im Reichstagsplenum die Mißgeburt des Bürgerblocks verteidigte, so spielte er auch bei den Bezirksversammlungen im Sozialpolitischen Ausschuss, an den die Vorlage verwiesen wurde, die Weisemutter. Bemerkenswert war, daß trotz des Interesses, das die Bergarbeiter an dieser Frage haben, der Kamerad Emdrich vom Gewerkschaftsverband Bergarbeiter im Ausschuss nicht anwesend war. Weshalb, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir nehmen an, daß er auch heute noch mit uns in dieser Frage einer Meinung ist, dürfte er deshalb nicht dabei sein? Wurde er deshalb ausgeschlossen?

Auf die Ausschussverhandlungen am 6. und 7. April und die zweite und dritte Lesung im Plenum kommen wir in der nächsten Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ zurück. Für heute wollen wir nur noch mitteilen, daß der gesamte Bürgerblock im Ausschuss sehr wenig redete, aber alle Gewerkschaftsforderungen niederkümmelte! Wie unsere Kameraden noch sehen werden, ergaben sich dabei sehr interessante Episoden. Natürlich lehnten die Blockpartei im Ausschuss auch alle Bergarbeiterforderungen ab! Wir zitieren heute nur die wichtigsten Urträge im Interesse der Vergleute:

„Diese Vergütung (25 Prozent) wird auch für solche Mehrarbeit unter Tage gewährt, welche die tariflich festgelegte Schichtzeit von 7 bzw. 7 1/2 Stunden übersteigt.“

Diese Forderung, mindestens 25 Prozent Zuschlag für die Mehrarbeitsstunden im Bergbau zu zahlen, lehnten mit Ausnahme der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten alle anderen Parteien ab! Ebenfalls lehnten sie den Antrag ab:

„Im § 8 den Absatz 2 zu fassen: „In Bergwerken ist die Schichtzeit für den einzelnen unter Tage beschäftigten Arbeiter vom Betreten des Förderortes oder Stollenmundlochs bis zur Einfahrt bis zum Verlassen des Förderortes oder Stollenmundlochs bei der Ausfahrt zu berechnen.“

Nachdem am 7. April im Ausschuss die letzten Urträge der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten niedergelegt waren, geschah dasselbe im Plenum bei der zweiten Lesung. Zu der dritten Lesung am 8. April wurde der Entwurf in namentlicher Abstimmung mit 195 gegen 184 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und Wirtschaftspartei. Auf die interessanten Ausführungen im Ausschuss und Plenum, besonders auf die von Stegerwald, kommen wir in nächster Nummer zurück.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik.

Den Unorganisierten zur Belehrung.

In Amerika streiken 200.000 Bergarbeiter. Der Streik tobt in den sogenannten Weichkohlenbezirken. Zuerst hat man zuerst gemeldet, daß es sich um Braunkohlenebengebiete handelt. Wer das Buch gelesen hat: „Im Lande der billigen Kohle“ (zu beziehen von H. Hansmann u. Co., Bochum, Preis für unsere Mitglieder 1,50 M.), der wußte sofort, daß das nicht stimmen kann. Braunkohle wird nur in ganz geringen Mengen in Amerika gewonnen. In den bestrittenen Gebieten handelt es sich um eine gasreiche Steinkohle. Weichkohle wird dieselbe nur genannt im Gegensatz zu der Anthrazit- und Halb-anthrazitkohle. Letztere nennt man auch Hartkohle. In Wirklichkeit ist es also eine hochwertige Steinkohle, die in den bestrittenen Bergwerken gewonnen wird.

Die Ursache des ausgebrochenen Streiks ist ein bescheidiger Lohnabbau. Der jetzige bzw. der bisherige Tageslohn betrug für Kohlenhauer 7,50 Dollar. Dieser Lohn wurde im März 1924 vereinbart. (Hierzu Genauereres in vorgenanntem Buche, das sich gerade jetzt jeder kaufen sollte.) Man hat sich von dieser vorteilhaften Lohnregelung für die Bergarbeiter eine fortgeschrittene Rationalisierungsmöglichkeit versprochen. Das wäre auch vielleicht alles gut gewesen, wenn — ja, wenn die Herren Unorganisierten nicht gewesen wären. Wie die Zeitungen schon gemeldet haben, sind die wenigsten Bergarbeiter im Streitgebiet organisiert. Es sind in diesem Gebiet nur 200.000, die auch alle im Streik stehen. Die Unorganisierten aber haben schon bisher auf einzelnen Gruben für 3 Dollar gearbeitet. Daß damit die unorganisierten Betriebe eine starke Konkurrenz darstellen, ist klar. Dort die Verpflichtung, 7,50 Dollar Lohn zu bezahlen, hier die Schwarzkohler, die für 3 Dollar arbeiteten! Dabei machen die Organisierten nur 40 Prozent, die Unorganisierten aber 60 Prozent aus.

Der Stel kommt einen an über solches Geschmeiß. Nur, weil ihnen der Arbeitgeber den Rücken freiließt und sie brave Arbeiter nennt, deshalb beanspruchen sie nicht einmal den halben Lohn, wie die Arbeiter auf den organisierten Werken. Die amerikanischen Bergwerksbesitzer sind nicht so dumm wie die deutschen, daß sie auch den Unorganisierten den Tariflohn zahlen. Aber daß unsere deutschen Arbeitgeber den Tariflohn auch an Unorganisierte zahlen, ist wieder sehr lehrreich. Sie beweisen damit, daß sie sehr leicht und spielend die Löhne zahlen können. Zum größten Teil zahlen sie ja dieselben freiwillig. Verpflichtet sind sie nur, genau wie in Amerika, an die Organisierten die Tariflöhne zu bezahlen. Würden sie aber entsprechend handeln, dann würden sie die Unorganisierten der Organisation zutreiben. Und das gilt es vor allen Dingen zu verbieten.

Also steht fest, daß der amerikanische Bergarbeiterstreik nur durch die Schuld der Unorganisierten notwendig wurde und daß ein drohender Lohnabbau nur deren alleinige Schuld ist. Wie

müssen sich die deutschen Unorganisierten wohl fühlen in solch ehler internationaler Bekanntheit? In Amerika tritt das Unheil der Unorganisierten nur deutlicher zutage. Bei uns ist es aber genau so. Bei allen reaktionären Arbeitsgesetzen und in jeder Verhandlung hält man den Organisationsentzug, daß die große Zahl der Unorganisierten doch beweist, daß die Arbeiterschaft gar nicht an Verbesserungen und Fortschritt interessiert ist und es ihr nicht schlecht gehe. Wenn es anders wäre, dann würden sie ja hinter uns, der Organisation, stehen. Aber die Unorganisierten bösen weiter. Sie wollen nicht mehr sein wie Arbeitstiere. Die anderen sollen läsen, sie ernten schon mit. Das ist eine furchtbare Klassenfeindschaft. Wut! Denket!

Wir sehen also auch, daß in Amerika die Unorganisierten nicht mitleiden. Man rechnet mit einer Streikdauer bis ungefähr September. Ob das wirklich zutreffen wird, kann man natürlich jetzt noch nicht sagen. Es kommt darauf an, wie sich die Besitzer der organisierten Betriebe verhalten werden. Auf dem Weltkohlenmarkt wird sich der Streik kaum bemerkbar machen. Jedenfalls nicht für deutsche Kohle. Ebenso wird die europäische Kohle keine Gefahr für die Streikenden werden können. Schon deshalb nicht, weil ja noch 60 Proz. Unorganisierte, d. h. 60 Proz. der Gesamtbelegschaft, für den halben Lohn, den die Streikenden hatten, Streikbrucharbeit verrichten. Außerdem arbeitet ja der ganze Anthrazitbergbau. Das Ganze aber spricht um so mehr für den heroischen Mut der Streikenden, die im Vertrauen auf ihre Organisation den Angriff der Unternehmener abwehren. Gleichzeitig aber müßte dieser Streik eine niederschmetternde Anlage bedeuten für die Unorganisierten im deutschen Bergbau.

Unterhalte Dich einmal darüber mit Deinem unorganisierten Kamerad, was er dazu zu sagen hat!



Aus dem Kreise der Kameraden

Unsere Toten.

Am Donnerstag, den 31. März, starb der langjährige Vorsitzende des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands, Max Hecht, infolge Schlaganfalles im Alter von 52 Jahren. Das feste Streben des Dahingeshiedenen war auf die Organisation und deren Gedeihen gerichtet. Der Verband der Kupferschmiede hat einen pflichtbewußten und gewissenhaften Führer verloren. Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Recklinghausen. Am 29. März verstarb in Böppinghausen unser langjähriges Mitglied, Kamerad Josef Tillo, im Alter von 61 Jahren. Er war Mitbegründer der Zahlstelle und dazu ein treuer Mitarbeiter. Er gehörte der Zahlstelle 22 Jahre an. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Lohnerhöhung und Konkurrenz.

Zum Tarifstreik im Ruhrgebiet.

Bekanntlich können die Bechenbarone des Ruhrgebiets diesmal den Bergarbeiterforderungen nicht die unrentable Geschäftsbearbeitung entgegenhalten. Jeder weiß, daß heute der Ruhrbergbau glänzende Zeiten durchmacht. Da ist man auf einen Ausweg verfallen. Man malt das Schreckgespenst der Konkurrenz an die Wand. Besonders der englische Bergbau wird als die Ursache allen sozialen Übels für die Bergarbeiter hingestellt. Der letzte Schiedspruch beweist, daß die Herren Arbeitgeber damit Eindruck zu erzielen verstehen, und daß der Schlichter ihrer Schwarzmalerei erlegen ist.

Wißt England ist der dunkle Schatten, der die Sonne sozialen Aufstiegs der Ruhrvergleute, analog dem glänzenden Geschäft der Bechenbesitzer, verdunkelt. Man ist scheinbar der Auffassung, daß die Konkurrenzfähigkeit sich nur beweisen am zusammengebrochenen Gegner. Man sollte fast meinen, daß der Ruhrbergbau in früheren, auch in Vorkriegsjahren, eigentlich nur „von Gnaden“ des englischen existiert habe. Konkurrenzfähig waren wir nach den Darstellungen der Arbeitgeber eigentlich nur, als der englische Bergbau stillgefallen hat. Kunststück!

Daß das aber in Wirklichkeit doch etwas anders ist, und wie die „selbstverständliche“ Konkurrenzkraft des englischen Bergbaues aussieht, dürfte nachstehender Auszug aus der „D. Bergw.-Ztg.“ beweisen. Die Heilen stammen aus einem Bericht über „die voranschreitende Entwicklung des englischen Kohlenmarktes“, der am 5. April 1927 in dem genannten Blatte gegeben war. Wir zitieren:

„Wenngleich die Bechen eine verhältnismäßig gute Beschäftigung aufweisen können, ist der Optimismus in Cardiff wieder im Abflauen begriffen. Die großen Verschiffungen der letzten Wochen beruhen vor allem in der Befürchtung der Verbraucherkreise, daß Streiks in Frankreich und Deutschland ansbrechen könnten. Die deutsche Gefahr ist beseitigt und ein Einlenken der französischen Arbeiter scheint gesichert. Man merkt, daß die Anträge merktlich nachlassen. Die zweite Hand ist schon bereit, den Markt zu diskontieren und Kontrahenten bemühen sich, bei Unterbietung der Marktpreise ihre Gewinne sicher zu stellen. In Newcastle ist die im letzten Bericht ausgesprochene Verflauung auf 15,6 für Deb Stücke eingetreten. Zu diesen Preisen sind größere Verträge mit den Exporteuren für Lieferung bis Ende 1927 getätigt worden, nachdem ein Geschäft zu 15,3 vorausgegangen war, um den Puls des Marktes und die Stimmung der Exporteure festzustellen. Manche Kreise — und zu diesen gehören die führenden Firmen — sind nach wie vor skeptisch bezüglich der weiteren Entwicklung.“

Die Bechen, die bis zu drei Teierschichten pro Woche verfahren lassen, haben sich zu der Maßnahme, große Mengen zu Verlustpreisen zu verkaufen, veranlaßt gesehen, weil sie nicht mehr ein noch aus wissen, um einen völligen Zusammenbruch zu vermeiden. Die Gesellschaften mit mehreren Schachtauflagen suchen ihren Arbeitern dadurch zu helfen, daß sie umschichtig die eine oder andere Beche für acht Tage stilllegen lassen, weil dann die Arbeiter die Berechtigung haben, von der Regierung Erwerbslosenunterstützung zu verlangen, wenngleich dies von der öffentlichen Meinung sehr stark bemängelt wird. Andere Bechen haben den Beschluß gefaßt, unter den jetzigen trostlosen Verhältnissen ihre Bechen außer Betrieb zu setzen und haben ihren Arbeitern gelündigt. Die Hauptschuld an dieser Deroute tragen die polnisch-ober-schlesischen Kohlen, die zu jedem Preise verschleudert werden. Man schimpft und würde gerne diesen Distrikt Deutschland wieder einverleiben, nur um sich diese lästige Konkurrenz vom Hals zu schaffen.“

So heute. Trotz dem gefällten Schiedspruch, der unannehmbar bezeichnet wurde! Und wenn die Lohnverhandlungen kommen? Ja, Bauer, das ist etwas anderes!

Fünf Kameraden im Schachthumpf ertrunken.

In der Nacht vom 3. zum 4. April ertranken auf der Zeche Engelsburg in Bochum fünf Vergleute, worunter sich ein Steiger befand. Wir erhalten hierzu folgende Schilderung des Sachverhalts:

Es handelt sich um einen Blindschacht, der von der sechsten nach der siebenten Sohle geht und 21 Meter hoch ist. In diesem Blindschacht wurde bereits in der vorhergehenden Samstagnacht ein neues Seil aufgelegt. Da die Arbeit nicht fertig wurde, fuhr dieselbe Kolonne noch einmal in der Sonntagnacht ein. Sie bestand aus vier Schachthauern, einem Steiger und dem Fördermaschinisten. Der Korb bestand aus zwei Etagen, wovon die untere 1,25, die obere 1,75 Meter hoch war. Der Stapel war für Seilfahrt von der Bergbehörde genehmigt. Die Betriebsleitung ordnete jedoch an, daß nur die obere Etage des Korbes zur Seilfahrt benutzt werden solle.

Als die Arbeit so weit gediehen war, daß das alte Seil auf der siebenten Sohle zusammengebrochen werden sollte, fuhr der Steiger, drei Schachthauer und ein Pumpenwärter, der mittlerweile hinzutram, um den Schachthumpf leerpumpen, auf dem Dede des Förderkorbes bis nach dem nächstgelegenen Ort. Einer der Schachthauer blieb oben, um dort die notwendigen Arbeiten zu verrichten. Auf diesem Ort werden die Fahrenden wahrscheinlich vom Korbedel nur die untere Etage gestiegen sein. Warum sie nicht auf die höhere obere Etage gestiegen sind, ist ziemlich unklar. Es hieß auch, daß auf dieser Etage Beizöl gelegen hätte. Sie folgten dann „hängen“ und fuhr weiter nach der siebenten Sohle.

Auf den Leuzenzeiger konnte der Maschinist nicht zuverlässig fahren, weil er recht primitiver Art war. Er brauchte besondere Anschlagzeichen am Seil, um die Körbe ordentlich vor den Anschlag zu bringen. Diese Anschlagzeichen waren an dem neuen Seil noch nicht vorhanden. Als der Maschinist glaubte, tief genug zu sein, ließ er das Treiben stehen. Der Korb wird jedoch noch einige Meter über der siebenten Sohle gestanden haben, denn die Fahrenden folgten noch einmal „hängen“. Der Maschinist ließ das Treiben sehr langsam weiter gehen, auf das Haltsignal wartend. Dieses blieb jedoch aus. Einige Zeit darauf bemerkte der oben gebliebene Schachthauer, daß der Gegenkorb, der als Gegengewicht eingerichtet war, zu hoch stand, und sagte dem Maschinisten, daß er den anderen Korb im Sumpf stehen habe. Auf sein Uraten versuchte dann der Maschinist, den Korb aus dem Sumpf herauszuziehen. Das gelang jedoch nur zum geringen Teil. Weitere Versuche mißlingen. Der Korb sah festgeklemmt. Als dann der vierte Schachthauer den Blindschacht herunterkletterte, fand er die heruntergefahrenen ertrunken auf dem Korb vor. Die Toten haben mit ihren Gliedern den Korb im Schacht festgeklemmt, weil sie nach Eintreten der Bewußtlosigkeit zum Teil umgefallen sind und somit zwischen Schachthammerung und Förderkorb gerieten.

Der Schachthumpf war 5 Meter tief, wovon 3 1/2 Meter mit Wasser angefüllt waren. Die vorhandene Surlattenverankerung lag 3 Meter unter der Schachthöhe an. Der heruntergehende Korb setzte auf diese auf und so geriet die untere Etage vollkommen unter Wasser. Hielten die Kameraden auf der oberen Etage gestanden, dann wäre von ihnen niemand ertrunken, weil sie bestensfalls mit den Fußsohlen ins Wasser geraten wären.

Der Ortsälteste der Schachthauer war ein erfahrener Mann. Wahrscheinlich wird er verunglückt haben, beim Vorbeifahren am Anschlag der siebenten Sohle den Sinaufdruck zu erhalten. Aus irgendwelchen Umständen wird ihm das nicht gelungen sein und so wurden die Fahrenden in das Sumpfwasser eingetaucht.

Der Schachthumpf war seit Samstagnachmittag nicht leertgepumpt. Der Pumpenwärter, der mit ertrunken ist, sollte diese Arbeit, bevor die regelrechte Seilfahrt einsetzte, verrichten.

Bessere Verkehrsverhältnisse für Ruhrbergarbeiter

fordert der Vorsitzende unseres Verbandes in einem Schreiben an die Reichsbahngesellschaft, das wir nachfolgend abdrucken:

„Durch die in den Jahren 1924 bis 1926 im südlichen Teil des Ruhrgebiets erfolgten Stilllegungen der Bechen Franziska-Tiefbau, Wienbalsbän, Kaiser Friedrich, Glückauf-Tiefbau, Glückauflegen, Amiral, Bergmann und anderer kleiner Bechen ist besonders der Kreis Hörde, in dem der größte Teil dieser Bechen liegt, stark in Mitleidenschaft gezogen. In diesem Teil des Ruhrgebiets gibt es eine alteingesessene Bergarbeiterfamilie, der dem Ruhrbergbau und damit der deutschen Wirtschaft tüchtige Kräfte gegeben hat. Ein erheblicher Teil der hier in diesem Umkreise wohnenden Vergleute ist im Besitz eines kleinen Eigentums (Kottens) und wurde durch die Stilllegung der Bechen erwerbslos. Diese alten Vergleute können nicht recht in einen anderen Beruf umfassen, da es auch in dieser Gegend andere Möglichkeiten fast gar nicht gibt. Sie suchen deshalb auf den weiter entfernt liegenden Bechen Arbeit und sind dort als Arbeiter gern gesehen, weil sie keine Gelegenheitsarbeiter für den Bergbau sind, sondern weil es sich um einen alten Bergarbeiterstamm handelt. Wiederholt ist nun schon der Versuch gemacht worden, von der Eisenbahnstation Löttringhausen einen für die Vergleute passenden Zugverkehr nach Langendreer zu bekommen. In der Umgebung von Langendreer sind eine größere Anzahl von Bechen gelegen, auf denen diese durch die Stilllegung erwerbslos gewordenen Bergarbeiter Arbeitsmöglichkeiten finden und auch schon gefunden haben. Die Vergleute wünschen nun, daß zwei Zugpaare auf der Strecke Löttringhausen-Langendreer und umgekehrt eingelegt werden, damit sie nicht allzu viel Zeit gebrauchen, um von ihrer Wohnstätte zur Arbeitsstätte gelangen zu können. Es ist nun ein Verkehr über die Strecke Witten-West nach Langendreer eingelegt, der aber den Bedürfnissen bei weitem nicht entspricht, und ist die Bergarbeiterfamilie mit ihren Beschwerden bereits in die Öffentlichkeit gedrungen. Ich möchte Sie deshalb als Abgeordneter wie auch als Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, dessen Mitglieder gerade die Bergarbeiter in den Orten: Witten, Widdinghausen, Auf dem Schnee, Ende, Löttringhausen, Krufel, Höchsten, Holtshausen, Kirchhörde, Wellinghausen, Stodum und andere mehr sind, bitten, doch den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter Rechnung zu tragen und auf die Eisenbahndirektion Essen einzuwirken, damit die Zugpaare, die in dem anliegenden Artikel des „Vollblatts“ (Bochum) vom 2. d. M. angeführt werden, so bald wie möglich eingelegt werden. Es könnten doch vor allen Dingen zunächst mal für die Dauer des Sommerfahrplans diese Zugpaare fahren. Ich bin davon überzeugt, daß sich dann durch die Praxis die Notwendigkeit dieser Maßnahme erweisen wird und würde dadurch den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter und auch deren Angehörigen entsprochen.“

Soffend, baldigst einen zutragenden Bescheid zu erhalten, zeichnet mit vorzüglicher Hochachtung Duje mann, M. d. R.“

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 16. Woche (vom 10. bis 16. April) fällig. Wir bitten alle Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Adressenveränderungen.

Böhlau. Kassierer ist jetzt Kamerad Wilhelm Vogel, Zwickau, Pöhlauerstraße 12, bei dem auch jetzt das Kantengeld in Empfang genommen wird.

Auszahlung von Unterstufungen.

Bardenberg. Jeden Sonntag von 9 bis 10 Uhr beim Kassierer August Alvens, Renerstraße 34.

Kranzpendemarle.

Kirchlinde. Jedes Mitglied hat im Monat April eine Kranzpendemarle zu fleben.

Schluß des redaktionellen Teils.



herausragend bewährt bei:

Rheuma, Nerven- und Gicht, Kopf- und Kopfschmerzen, Ischias, Grippe, Influenza u. a. Erkältungskrankheiten.

Et. notarieller Beschäftigung sind innerhalb 6 Monaten mehr als 1500 Einzelnungen allein aus Arzteleisten eingegangen, darunter von namhaften Professoren und aus ersten Kliniken. — Togonal hilft die Schmerzen und beseitigt die Spannkraft aus. Keine schädlichen Nebenwirkungen. Fragen Sie Ihren Arzt! In allen Apotheken. Preis Mk. 1.- 12,5 Lit. 0,45 Chlinal 713 Acid. acet. sol. ad 100 cmyl.



Kleinarbeit.

Ein Jugendleiter schreibt:

„Man hat der Verband im Ruhrgebiet den Jugendurlaub für alle jungen Bergarbeiter durchgesetzt. Drei Tage sind gewiß nicht viel, aber sie sind doch ein großer Erfolg. Mit Freuden machte ich meinen jungen Kameraden die Mitteilung über den Erfolg des Verbandes. Sie waren natürlich alle begeistert. Sofort wurden Ferienpläne geschmiedet. Die einen wollen während des Sommers in die Heide, die anderen an den Rhein. Samstag mittags soll es schon losgehen. Jedenfalls werden wir die Urlaubstage mit einer schönen Wanderung verbinden. Da wir dem Jugendherbergenverband angeschlossen sind, werden wir in Jugendherbergen übernachten, so daß alle die Wanderung aus geldlichen Gründen mitmachen können. Infolge der schmerzhaften Fahrpreiserhöhung für Jugendpflege werden wir zum halben Fahrpreis reisen. Auf diese Art schaffen wir uns ein Stück Lebensfreude, das ohne Urlaub nicht möglich gewesen wäre.“

Wir sind deshalb dem Verband für den Erfolg dankbar, d. h. wir haben uns erneut gelobt, immer überzeugte freie Gewerkschafter zu bleiben. Wir wollen auch immer werben, denn nur auf diese Art kommen wir voran. Ist doch der gefamte Erholungsurlaub, die ausgiebige Freizeit der Arbeiter überhaupt, eine gewerkschaftliche Errungenschaft. Gewiß, unter hartem, zähem Ringen kamen die Erfolge erst nach jahrelangem Ringen zustande. Aber wenn man überlegt, daß in den nächsten zehn Jahren die gleichen gewerkschaftlichen Vorteile wie in den letzten Jahren erzielt werden können, dann ist das wirklich der Mühe wert. Vergessen kann ich mich nur über die Arbeiter, die als Unorganisierte nicht genug über die Mißstände klagen können. Dabei stellen sie radikale Forderungen auf, ohne selbst etwas zu tun. Man erwartet alles vom Verband, ohne sich verpflichtet zu fühlen, den Verband zu stärken. Zweifelslos haben die Unorganisierten auch in diesem Tarifkonflikt einen größeren Erfolg verbürgert. Wir müßten deshalb in unserer Organisationsinteressen etwas radikaler werden. Wir sind unseren unorganisierten „Kameraden“ gegenüber viel zu duldsam. Statt die üblichen Tiraden dieser Nichtkameraden anzuhören, müssen wir zwischen ihnen und uns einen scharfen Trennungsschnitt ziehen, wenn sie nicht bekennen wollen. Vielleicht wäre es gut und zweckmäßig, dazu eine Jugend-Werbestunde einzuleiten, um allseitig die notwendige Aktivität zu entfalten.“

Ein älterer Kamerad aus dem Nachener Bezirk erzählt:

„In vielen Orten unseres Bezirks mußten wir vier- bezw. fünfmal organisatorisch neu aufbauen, bis der Verband sich festigen konnte. Die Bergarbeiter waren zu nichtsnützig, zu gleichgültig und teilweise zu sehr von anderen Ideen und Vereinen beeinflusst. Um so mehr mußten die wenigen überzeugungstreuen Verbandskameraden als Funktionäre opfern. Um eine Versammlung zu veranstalten, mußten wir z. B. tags vorher in dem betreffenden Ort Klatsche ankleben. Dabei kamen wir oft in Konflikt mit den Behörden. Aber trotz aller Fehlschläge und Widerstände haben wir uns durchgesetzt. Leider haben heute viele Bergarbeiter diese Schwierigkeiten vergessen. Man denkt nicht mehr daran, daß jeder freigeordnete Arbeiter eine Portion Mut, Opfermuth und Treuebewilligen besitzen muß.“

„Ich wünsche, wir hätten soviel Jugendfunktionäre, als ich wegen meiner freigewerkschaftlichen Bestimmung Gefängnisstrafe verbüßen mußte“, erklärte kürzlich ein alter Führer auf einer Jugendobstleutenkonferenz. „Aber statt innerlich gewerkschaftlich gefestigt und überzeugt zu sein, verlieren sich heute viele Arbeiter zu gern in unirdischen radikalen Schlagworten. Leider gibt es auch unter den jungen Bergarbeitern politische verbezte Leute, denen radikaler Vortritt über praktischer Arbeit steht. Trotzdem wird auch der Jugend nur eines übrig bleiben: durch zähe gewerkschaftliche Kleinarbeit Großes zu vollbringen.“

Gemeinames Handeln.

Wenn einer imstande ist, eine zentnerschwere Eisenstange einen Meter hoch zu heben, können dann zehn genau so starke Menschen eine Eisenstange von zehn Zentner Schwere gleich hoch heben? Nein und ja! Sie werden es nicht schaffen, wenn sie nicht gemeinsam zu gleicher Zeit mit voller Kraft einsetzen. Ohne die gleichzeitige Kraftanstrengung werden die zehn zwar dieselben Kräfte verbrauchen, ohne aber die erhoffte Leistung zu vollbringen. Die zehn Zentner können also nur bewältigt werden, wenn der Kräfteeintrag im gleichen Moment und mit einmütigem Willen erfolgt.

Genau so geht es im Leben. Leute, die wohl einen gemeinsamen Wunsch, sogar einen gemeinsamen Willen haben, können ihr Ziel nicht erreichen, wenn sie ihre Kräfte zu verschiedener Zeit und nach verschiedener Richtung einsetzen. Wäre die Eisenstange teilbar, so könnte jeder nach Belieben seinen anteiligen Zentner in die Höhe bringen. Sie ist aber ein Stück, und es bedarf daher, um sie zu heben, einer einheitlichen Kraftäußerung von Zehn.

Viel schwieriger als in dem erwähnten Beispiel ist das gemeinsame Handeln bei 100 oder 1000 und noch mehr Menschen. Viel schwieriger auch, wenn nicht momentaner Kraftanwendung eine große Opferbereitschaft und zähes Ausstehen erforderlich ist. Wenn dazu die berufenen Mitarbeiter allerorts zerstreut sind, dann erhöhen sich diese Schwierigkeiten der Massen-Kraftentfaltung. Verhältnismäßig leicht ist es, wenn die Kraftentfaltung unter einem unausweichlichen Zwange, wie etwa beim Militär, geschieht. Ein Kommandoruf: tausend Mann werfen sich hin — ein zweiter Kommandoruf: tausend Gewehre knallen! Diese Methode diktatorischen Zwanges scheint einfach und leicht die Schwierigkeiten gemeinsamen Handelns zu beseitigen. Und trotzdem läßt sich das Wichtigste dabei nicht erzwingen. Es kommt nicht nur auf den Kommandoruf des Befehlshabers, sondern auch auf den Willen des Schießenden an, ob der Schuß sein Ziel, seinen Zweck erreicht. Alle, die schießen sollen, müssen treffen wollen.

Unsere Beispiele zeigen deshalb: Wenn zehn Mann den Wunsch haben, daß, wie erwähnt, das Eisen einen Meter hoch gehoben wird, ohne den Willen zu äußern, dazu etwas zu tun, wird ihr Wunsch immer nur ein frommer Wunsch bleiben. Es kann auch so sein: der erste ist zu faul, um sich überhaupt anzustrengen, der andere befürchtet, sich die Finger schmutzig zu machen,

Wir wollen, daß die arbeitende Klasse frei werde von wirtschaftlicher Ausbeutung; daß sie gleich werde allen andern Gliedern der Gesellschaft. Wir geloben brüderliche Kameradschaft allen, die mit uns verbunden sind für die gleichen Aufgaben und das gleiche Ziel. Unwandelbare und unverbrüchliche Treue der gewerkschaftlichen Organisation, die uns führen soll, und der wir dienen wollen!

Gelöbniß, abgelegt von der arbeitenden Jugend aus Rheinland und Westfalen auf der Kundgebung in Düsseldorf am 11. Juni 1926.

der dritte hat Angst vor den scharfen Eisentanten, die ihm Schmerzen zufügen könnten, der vierte will das Eisen auf einmal drei Meter gehoben haben und macht nicht mit, weil es nur einen Meter hoch soll, der fünfte befürchtet, die anderen würden, halbhoch, das Eisen fallen lassen, dem sechsten ist von irgendwem verboten worden, das Eisen hochzuheben, er fürchtet Strafe, und die letzten vier, die es ehlich meinen, sind natürlich nicht stark genug, weil sie nur für vier Zentner Kräfte haben.

Damit es im gewerkschaftlichen Leben nicht ebenso geht, ist es notwendig, daß alle Mitglieder bzw. alle Arbeiter den gleichen Willen für die Erreichung des gleichen Zieles haben. Die Unorganisierten aber, anstatt zu kritisieren, müssen an diesem Beispiel erkennen, daß zur Verwirklichung von Wünschen ein geeinter Tatwille und eine frasse Organisation gehört.

Salfche Kampfesweise.

Es ist interessant und lehrreich, wie die Bergarbeiter in der modernen Zeit Befreiungswege aus wirtschaftlicher Not und Unterdrückung suchten. Ohne Organisation, nur in Knappenvereinen zusammengeschlossen, glaubten sie im vorigen Jahrhundert, durch Bittschreiben an den König bessere Zustände erzielen zu können. So richteten z. B. die Bergleute von Essen im Jahre 1867 einen Appell an den preussischen König. Im verweigerungsvollen Kampfe im Jahre 1889 wandten sich die Ruhrbergleute ebenfalls durch eine Deputation an den Kaiser Wilhelm II.

Im Gegensatz zu diesem Weg des Bittens steht die gewalttätige Auflehnung der Belegschaften gegenüber der Werkverwaltung. Veranlaßt wurden diese Aufstände durch willkürliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. So kam es beispielsweise am 26. Juni 1871 in Königshütte (Oberschlesien) zu einem folgenschweren Aufstand der Bergarbeiter. Otto Hue berichtet darüber in seinem Werk:

„Nach der „Breslauer Morgenzeitung“ ließen sich die Arbeiter zu argen Erzessen hinreißen und vergriffen sich an Zecheneigentum und an Beamten. Die Markensbude sei zerstört, das Gefängnis und die Wohnung eines höheren Bergbeamten erstürmt und demoliert worden. Auf dem „Ring“ (Marktplatz) kam es zu wilden Aufrufen. Der Bergwerksdirektor Vergart Meißner wurde von wütenden Arbeitern schwer mißhandelt, der Bürgermeister flüchtete. Landrat Solger und Geistlicher Rat DeLoch konnten die Rasenden nicht beschwichtigen. Sie zerstörten mehrere Häuser; insbesondere gegen die jüdischen Krämer richtete sich die Wut, ihre Häuser wurden geplündert und demoliert unter dem Rufe: „Die Juden haben unser Geld!“ Die Polizeimannschaften konnten der Masse, unter der sich auch viele Frauen befanden, nicht Herr werden. Es wurde schleunigst Militär beordert, über dessen Tätigkeit die „Morgenzeitung“ bewundernd berichtete: Die Mannen „täuberten mit staunenswerter Gewandtheit und Bravour die Straße“. Es gab „7 Tote, 21 Verwundete und gegen 60 Verhaftete!“

Die Folge dieses Aufstandes war, daß insgesamt 15 Personen, davon 36 zu Zuchthausstrafen, verurteilt wurden wegen Aufruhr, Landfriedensbruch, Erpressung und Diebstahl. Ein ähnliches Vorkommnis wiederholte sich im Jahre 1883 am 16. Juli auf der Zeche Germania im Ruhrgebiet. Hier kam es zu einem großen Tumult, wobei einige Werksbeamte mißhandelt und Zecheneigentum zerstört wurde. Ein gerichtliches Nachspiel verurteilte auch hierbei 17 Bergarbeiter zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen.

Aber weder der Weg des Bittens noch die Anwendung der hohen Gewalt konnte die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter ändern. Die Fürsten hatten für die Notlage und die Bitten der Bergarbeiter kein Verständnis. Die gewalttätigen Handlungen, selbst wenn sie den erwünschten Erfolg gebracht hätten, konnten keine dauernde Besserung bringen, weil ein bindender Tarifvertrag und eine starke Orga-

nisation als Tarifkontrahent fehlten und somit der Willkür der einzelnen Unternehmer stets freie Bahn gegeben war. Nach diesen Fehlschlägen verblieb deshalb den Bergarbeitern als einziger Ausweg die gewerkschaftliche Organisation. Durch dauerndes zähes Ringen im wirtschaftlichen und sozialen Leben mußte versucht werden, Besserungen herbeizuführen. Was andere Arbeiterkategorien zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen schon frühzeitig als notwendig erkannt hatten — die Schaffung einer starken Organisation —, wurde von den Bergarbeitern erst nach schmerzlichen Erfahrungen nachgehakt.

Man gibt es auch heute noch Arbeiter, die aus der Gesellschaft und diesen Vorgängen nichts gelernt haben und die diese Ereignisse nicht genügend kennen. Es gibt aber noch solche, die sich einreden lassen, daß es zwischen Unternehmern und Arbeitern keine Gegensätze gibt. Man hubdigt deshalb dem Gedanken der Werksgemeinschaft, der alle Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter im Rahmen des Wertes friedlich erlebigen will. Daß derartige Bemühungen im Zeitalter der internationalen Kartelle und Trusts, wo nicht mehr der Einzelwille des Unternehmers, sondern die Unternehmervorgänge entscheiden, unsinnig sind, ist klar verständlich. Andererseits finden sich auch heute noch Arbeiter, die glauben, durch willkürlichen Streik im Betriebe, das heißt ohne die gewerkschaftlichen Parolen zu verfolgen, etwas erreichen zu können. Diese Aufschmänder ähneln den früher angewandten nutzlosen Kampfweisen und können zu nichts Gutem führen. Für jeden denkenden Arbeiter, der an der Steigerung und Förderung seiner wirtschaftlichen Lage interessiert ist, kann und darf es deshalb nur eins geben: er muß Mitglied seiner gewerkschaftlichen Organisation sein und nur die Parole seiner gewerkschaftlichen Organisation darf für ihn entscheidend sein. Alle übrigen Kampfweisen bedeuten nicht nur eine sinnlose Kraftvergeudung, sondern sind zugleich ein verhängnisvolles Spiel, dessen Konsequenzen die Arbeiter am meisten schädigt.

Taktik.

Unter gewerkschaftlicher Taktik versteht man gewöhnlich die Haltung der Gewerkschaften zu entscheidenden wirtschaftlichen Fragen; z. B. die Stellung bei Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Indem Funktionäre eines Verbandes während einer Tarifbewegung über das Verhandlungsergebnis beschließen, d. h. darüber entscheiden, ob von der Organisation das Resultat angenommen oder abgelehnt werden soll, bestimmen sie zugleich die Taktik des Verbandes.

Die Taktik der Gewerkschaften ist nun ein viel umstrittener Punkt. Da bei den Tarifkonflikten selten alle gewerkschaftlichen Forderungen erfüllt werden, ist immer ein Grund der Kritik und Meinungsverschiedenheit gegeben. Durch Mehrheitsbeschlüsse in Gewerkschaftskonferenzen wird deshalb die einmütige Haltung der Organisation nach außen erzielt. Kritik an der Gewerkschaftstaktik zu üben ist aber auch ein sehr beliebter Entschuldigungsgrund für Unorganisierte. Nur allzu oft muß man von diesen Leuten Redensarten über den „Verrat der Gewerkschaften“ hören. Ferner sind es politische Parteien, die als Gewerkschaftsgegner gerne diese Gelegenheit zu einer Kritik benutzen, die sich oft in eine beispiellose Hebe gegen die Führer auswirkt.

Eine derartige Kritik an der Taktik von nichtorganisierten berufsfremden Außenstehenden ist meist nicht nur höchst ungerecht, sondern direkt schädlich. Sie muß um so schädlicher sein, weil diese unbesonnenen Kritiker nicht in die inneren Zusammenhänge des Organisations- und Wirtschaftslebens eingeweiht sind. Es kann z. B. nicht in jedem Falle bei einem ungenügenden Verhandlungsergebnis ein Streik proklamiert werden. Verantwortliche Funktionäre müssen vielmehr gewissenhaft die Verhältnisse prüfen und sich über die Tragweite und die Erfolgsmöglichkeiten eines gewalttätigen Kampfes klar sein. Das heißt, es muß sich jeder fragen: „Was können wir mehr erreichen, wie groß ist das Risiko und über welche Macht und Ausdauer verfügen wir?“ Bei der Beantwortung dieser Fragen müssen zunächst die wirtschaftlichen Zustände geprüft werden. Wenn nun in einer solchen Situation Mangel herrscht und zahlreiche Arbeitslose vorhanden sind, so ist das schon ein ungünstiges Zeichen. Ersthaft muß auch nachgeprüft werden, wie es um den Kampfeswillen und die Ausdauer der betreffenden Arbeiterchaft insgesamt bestellt ist. Sind z. B. viele Unorganisierte vorhanden, so werden diese Aussichten stark getrübt. Werden alle einmütig mitmachen und in notwendiger Weise ausharren? Das sind dann schwerwiegende Fragen von größter Bedeutung. Häufig zeigt sich dabei ein Zwiespalt zwischen dem, was geschehen soll, und dem, was getan werden kann. Außer diesen wirtschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Bedenken muß ferner das Tarifriskito, welches oft die Organisation unfreiwillig zur Vertragsabnahme verpflichtet, berücksichtigt werden. Da mit den gewerkschaftlichen Entscheidungen das Lebensschicksal von Zehn- bezw. Hunderttausenden von Arbeitern berührt wird, so beruht darin eine ungeheure Verantwortung, die verlangt, daß die Vertrauensmänner einer Organisation mit bestem Wissen und Gewissen den gangbarsten Weg einschlagen.

Der demokratische Aufbau der Gewerkschaften ermöglicht nun zweckmäßigerweise derartige Entscheidungen, indem die von der Mitgliedschaft gewählten Funktionäre beschließen. Sie kennen den Willen der Belegschaft und sind nach einem wirtschaftlichen Situationsbericht, der in jeder Konferenz gegeben wird, am besten in der Lage, die richtige Taktik festzulegen. Unter diesen Umständen wird meist die richtige Entscheidung getroffen, weil nach den vielseitigen Erörterungen die zweckmäßige Haltung nicht mehr allzu schwer zu finden ist. So wird dann auch meistens eine Einmütigkeit innerhalb der organisierten Arbeiterchaft eines Berufes erzielt und das Möglichste in dieser Beziehung getan.

Wenn deshalb Außenstehende feindselige Kritik an der Gewerkschaftstaktik üben, so beruht sie meistens auf Unkenntnis oder parteiischer Böswilligkeit. Auf Unkenntnis insofern, da diese Kritiker sich nicht auf gegenwärtige Fragen, sondern auf das, was zurückliegt, berufen. Dieses Spiel ist deshalb verhänglich, weil uneingeweihte Personen nachträglich nicht mehr die entscheidenden Zusammenhänge von damals verstehen können. Man tut deshalb gut, wenn man von vornherein sich über die Bedeutung solcher Kritiken klar ist und wenn man weiß, wie und unter welchen Umständen die Taktik einer Organisation bestimmt wird. Für den gewerkschaftlich geschulten Arbeiter ergibt sich jedenfalls aus dem Meinungsstreit über taktische Fragen kein Grund, der Organisation feindselig gegenüberzustehen.

Werft die Zeitung beiseite!
Gebt sie weiter an nichtorganisierte Arbeiter!

